

Kolumbien

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Waffenexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	5
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	8
Militärausgaben	11
Lokale Rüstungsindustrie	12
Streitkräftestruktur	13
Bewaffnung der Streitkräfte	15
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	19
Polizei und andere Sicherheitskräfte	20

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	23
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	23
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	24
Innere Lage im Empfängerland	28
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	32
Bedrohung von Alliierten	34
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	34
Unerlaubte Wiederausfuhr	36
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	37

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Kolumbien spielt in vielerlei Hinsicht eine große Rolle in Südamerika. Einerseits tragen die vielen internen Konflikte des Landes zur regionalen Anspannung bei, andererseits ist es ebenfalls einer der wichtigsten Verbündeten der USA in der Region. Deutsche Rüstungsexporte spielen bei der militärischen Ausstattung des Landes eine eher geringe Rolle. In den vergangenen Jahren wurden allerdings zwei U-Boote aus Beständen der Bundesmarine und u.a. vier Patrouillenboote geliefert sowie weitere U-Boot-Technik zur Modernisierung von zwei älteren deutschen U-Booten. Größter Waffenlieferant bleiben aber die USA.

Kolumbiens Rüstungsindustrie ist weitestgehend staatlich kontrolliert und mittlerweile in zahlreichen Bereichen aktiv. Bereits in den 1950er Jahren etablierte sich Indumil (Industria Militar) als staatlicher Produzent und stellt seitdem in einer Fabrik in Soacha Kleinwaffen und Munition her. Heute hält Indumil das Monopol auf die Herstellung, den Import und den Vertrieb jeglicher Waffen in Kolumbien. Es stellt für das Militär neben dem israelischen *Gali* Gewehr und Munition (NATO Standardkaliber 5,56x45mm) auch noch Granaten und anderen Sprengstoff her. In den vergangenen Jahren konnte die Produktion des Gali Gewehres erheblich gesteigert werden. Neben der Selbstversorgung des kolumbianischen Militärs durch die eigene Industrie, ist es durch die Produktionssteigerung gelungen, diese sogar nach Israel zu exportieren. Daneben haben sich die staatlichen Unternehmen CIAC (Corporación de la Industria Aeronáutica Colombiana), CODALTEC (Corporación de Alta Tecnología para la Defensa) und COTECMAR (Corporación de Ciencia y Tecnología para el Desarrollo de la Industria Naval Marítima y Fluvial) etabliert und jüngst ihre Entwicklungs- und Produktionskapazitäten sowie Verkaufszahlen stark steigern können. Insb. im maritimen Bereich sind derzeit größere Kooperationsprojekte bzw. Lizenzfertigungen im Gange.

Die kolumbianischen Streitkräfte sind für den Kampf gegen extremistische Gruppen ausgelegt. Mehr als zwei Jahrzehnte hat die Anzahl der Soldat:innen stetig zugenommen, zwischen 2016 und 2021 ist sie jedoch leicht gesunken, bis sie 2024 noch einmal um 11.550 Personen angehoben werden musste (insg. 293.200). Dem Heer kommt bei der Bewahrung der Sicherheit und der Bekämpfung der Rebell:innen und Guerillagruppen die größte Bedeutung zu. Im Einsatz sind ebenfalls einige Spezialkräfte des Heeres: Neben Einheiten zur Bekämpfung des Terrorismus gibt es ebenfalls eine Anti-Drogen-Spezialeinheit, die im Jahr 2000 gegründet wurde. Die Marine übernimmt sowohl Schutzaufgaben der Küstengewässer als auch Aufgaben zur Bekämpfung des Drogenanbaus in der Amazonasregion. Da ein Großteil der Drogen über die Seegewässer durch die Karibik geschmuggelt wird, haben die deutschen U-Boote der Marine bei der Bekämpfung eine besondere Aufgabe. In den vergangenen Jahren kam es insb. bei der Luftwaffe zu umfangreichen Modernisierungen und Neuanschaffungen.

Kolumbien ist seit Jahrzehnten von Krieg, politischer Gewalt und Terrorismus gekennzeichnet. Das Militär ist eine Hauptstütze der politischen und wirtschaftlichen Elite des Staates. Insgesamt genießt es in der Bevölkerung ein hohes Ansehen, ist aber gleichzeitig in politische Gewalt und Menschenrechtsverletzungen im Land involviert. Für viele Bewohner:innen, insbesondere ländlicher Bevölkerungsgruppen, ist das Militär zum ständigen Bestandteil des Alltags geworden. Jüngste Proteste richten sich vor allem auch gegen Polizeigewalt und Menschenrechtsverletzungen, die durch Sicherheitskräfte begangen wurden.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Kolumbien ist einigen Abrüstungsverträgen nicht beigetreten. Andererseits gehörte Kolumbien zur Kerngruppe bei der Erarbeitung des Ottawa-Vertrags zum Verbot von Anti-Personenminen. Obwohl Kolumbien allen wichtigen Menschenrechtsabkommen beigetreten ist, ist die Menschenrechtssituation im Land weiterhin desolat. Grundlegende Menschenrechte sind durch Einschränkungen seitens der Politik in Gefahr. Ebenso werden den staatlichen Sicherheitskräften immer wieder Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Infolgedessen sind in den letzten Jahren mehrfach weitreichende Proteste ausgebrochen, so im April 2021, bei denen zahlreiche Menschen in der gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Militär bzw. Polizei und Protestierenden getötet und verletzt worden sind.

Obwohl das Land durch das Vorgehen des damaligen Präsidenten Uribes und den laufenden Demobilisierungsprozess sicherer geworden ist, eine rückläufige Anzahl an Morden und Entführungen zu beobachten ist und der Tourismus im Land in jüngerer Zeit zugenommen hatte, stand die Politik der „demokratischen Sicherheit“ in der Kritik, da die Menschenrechte in den Konfliktregionen massiv bedroht und eingeschränkt wurden und immer noch werden. Bei dem Konflikt um die ungerechte Landverteilung und die in der Vergangenheit häufige Zwangsenteignung zeichnet sich eine Lösung ab. Im Juni 2011 unterzeichnete Uribes Nachfolger, Präsident Santos, ein Gesetz, das eine Landumverteilung sowie Ausgleichszahlungen für Opfer von Menschenrechtsverbrechen vorsieht. Der Auslöser für die Gewalt und zentrale Ursache des Konflikts ist die weiterhin ungerechte Landverteilung. Schätzungen von Oxfam aus dem Jahr 2014 zufolge besitzen ca. ein Prozent der Bevölkerung gut 81 Prozent des Landes. Diese Ungerechtigkeit und das politische System, in dem sich die Parteien prioritär um die Großgrundbesitzer:innen und das Bürgertum kümmern und in dem keine Partei soziale Veränderungen anstrebt, sind Ursprung der Guerillabewegungen in Kolumbien, deren Ziel die soziale und ökonomische Verbesserung der Lage der Bevölkerung ist. Problematisch ist zudem der Umgang der Regierung mit (politischen und nicht-politischen) Gefangenen. Immer wieder werden seitens Menschenrechtsorganisationen Vorwürfe von Folter und ausgesprochen prekären Haftbedingungen angeführt.

Im Jahr 2002 erklärte der damalige Präsident die Verhandlungen zwischen der Regierung und der FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia, zu dt. Revolutionäre Streitkräfte Kolumbien) als offiziell gescheitert. Damit begannen eine groß angelegte Militäroffensive und die Rückkehr zur militärischen Lösung des Konflikts. Seit den 1990er Jahren ist die Zahl der FARC-Kämpfer:innen allerdings drastisch gesunken. Im November 2016 einigten sich die kolumbianische Regierung und die FARC-Rebell:innen nach vierjähriger Verhandlung auf einen neuen Friedensvertrag, der einen Monat später einstimmig im Kongress verabschiedet wurde. Die Entwaffnung und Re-Zivilisierung der Rebell:innen begann im Frühjahr 2017 und wurde im selben Jahr abgeschlossen. Auch auf eine Landreform wurde sich mit dem Vertrag geeinigt. Auf der anderen Seite stehen die Paramilitärs, ein zentraler Akteur in dem Konflikt, die sich dem Schutz der Großgrundbesitzer:innen verschrieben haben. Sie sind eng mit staatlichen Sicherheitskräften und dem politischen System verbunden. In den vergangenen Jahren gab es einen Demobilisierungsprozess, der tausende Paramilitärs erreichte. Seit 2017 führt die kolumbianische Regierung auch Friedensverhandlungen (mit Unterbrechungen) mit der noch aktiven Guerillaorganisation ELN – weitere Gewaltakteure sind allerdings nach wie vor aktiv und erhielten in den vergangenen Jahren sogar erneuten Auftrieb. Aktuell

befinden sich die ELN und die Regierung in erneuten Gesprächen zwecks eines Waffenstillstands (Stand November 2024).

In der Region herrscht eine allgemein angespannte politische Situation. Zu Beginn der vergangenen Dekade gab es einen regelrechten Rüstungswettlauf, im Zuge dessen sich besondere Rüstungskoperationen zwischen Brasilien und Frankreich, Venezuela und Russland und zwischen Kolumbien und den USA herauskristallisierten. Zahlreiche Waffenlieferungen, insbesondere Großwaffensysteme in die Region, haben zu sicherheitspolitischen Verstimmungen zwischen den südamerikanischen Ländern geführt. Defizitäre Informationspolitik und fehlende Transparenz bei den Waffenkäufen haben zudem in manchen Fällen zu großem Misstrauen geführt. Der Nachbar Brasilien verfügt über ein weit überlegenes militärisches Arsenal und verfolgt eine Politik der regionalen Führerschaft. Zwar ist Brasilien traditionell ein Vorreiter der regionalen Rüstungskoperation, doch haben die strategischen Rüstungskoperationen mit Ländern außerhalb der Region negative Auswirkungen auf die regionalen Kooperationsanstrengungen. Dabei erscheint ein zwischenstaatlicher Konflikt in der Region zum gegenwärtigen Zeitpunkt recht unwahrscheinlich, ist jedoch für die Zukunft nicht auszuschließen. Zwischenfälle an Grenzregionen haben auf die angespannte Lage aufmerksam gemacht und einige ungelöste Grenzfragen bergen weiterhin Risiken. Venezuela und Kolumbien haben traditionell schlechte Beziehungen. Hierzu beigetragen hatten in der Vergangenheit immer wieder Funde von Waffen bei FARC-Rebell:innen, die nachweislich aus Venezuela kamen.

Mit einem pro-Kopf Nationaleinkommen von 6.870 US-Dollar (Atlas Methode; Stand 2023) zählt Kolumbien zu den upper-middle-income economies. Kolumbien verzeichnete 2021 und 2022 ein sehr hohes Wirtschaftswachstum, das 2023 wieder einbrach (von 7,3 auf 0,6 %), nachdem die Wirtschaft bereits 2020 deutlich eingebrochen war (-7,2 %). Die (zunehmend diversifizierte) Wirtschaft beruht wesentlich noch immer auf dem Export von Rohstoffen, allen voran Öl (welches 23 % des Gesamtexports ausmacht) und Kohle (10 %), aber auch Gold (5,8 %) oder Kaffee (5,7 %). Geringe Exporterlöse werden auch über Dienstleistungen im Informations- & Kommunikationsbereich (7 %) und dem Tourismus (5 %) erwirtschaftet. Kolumbien gehört mit einem HDI-Wert von 0,758 zur HDI-Gruppe der Länder mit einer „hohen menschlichen Entwicklung“. In Bezug auf die Erreichung der Sustainable Development Goals liegt Kolumbien im Mittelfeld (Platz 74 von 167). Kolumbiens Militärausgaben liegen mit 3,1 % des BIP recht hoch; die Gesundheitsausgaben (9% des BIP; Stand 2020) liegen deutlich, die Bildungsausgaben (3,9 %; Stand 2020) jedoch nur leicht darüber. Angesichts der enormen Ungleichheit im Land und der zuletzt gesunkenen Bildungsausgaben erscheinen höhere Ausgaben für Rüstungsexporte nicht ratsam, aber nicht grundsätzlich problematisch.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2023 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Ersatzteile für Sonaranlagen: 98,7%	0,51
2000	Teile für U-Boote: 84,1%	3,01
2001	Teile für U-Boote: 99,0%	8,93
2002	Teile für U-Boote	3,00
2003	Teile für U-Boote, Korvetten und Sonaranlagen: 50,8%; Stromversorgungseinrichtungen für U-Boote: 49,2%	2,99
2004	Teile für U-Boote, Korvetten, Tender und Unterwasserortungsgeräte: 56,6%; Sensoren für Flugkörperwarnsysteme und Teile für Unterwasser-Telefonanlagen: 31,1%	1,97
2005	Teile für U-Boote und Sonaranlagen: 75,6%	4,01
2006	Teile für Korvetten, U-Boote und Sonaranlagen: 95,0%	3,98
2007	Teile für U-Boote und Überwasserschiffe: 59,5%; Laserentfernungsmesser und Ziellinien-Prüfgerätesätze: 29,9%	3,42
2008	Teile für U-Boote und Patrouillenboote: 93,0%	18,57
2009	Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 90,6%	68,94
2010	Teile für U-Boote und Marineversorger: 82,3%	5,06
2011	Patrouillenboot und Teile für U-Boote, Patrouillenboote: 93,45%	15,89
2012	Patrouillenboot (Materialpaket) und Teile für U-Boote, Fregatten: 79,6 % Kommunikationsausrüstung, Radarausrüstung, Stromversorgungen und Teile für Kommunikationsausrüstung, Stromversorgungen: 19,6 %	34,68
2013	Feuerleiteinrichtungen, Zielentfernungsmesssysteme und Teile für Feuerleiteinrichtungen: 31% Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Prüfausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Lenkausrüstung, Navigationsausrüstung: 27% U-Boote und Teile für U-Boote, Unterwasserortungsgeräte: 21,9% Torpedos und Teile für Torpedos: 7,4%	50,29

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2014	Freund-Feind-Kennungssystem, Kommunikationsausrüstung, Funküberwachungs- und Ortungssystem und Teile für Freund-Feind-Kennungssystem, Kommunikationsausrüstung, Funküberwachungs- und Ortungssystem, Stromversorgungen: 71,7% Teile für U-Boote: 14,0%	4,41
2015	U-Boote, Patrouillenboot (Materialpaket) und Teile für U-Boote, Echolotanlagen: 97,8%	88,52
2016	Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 59,2% Kommunikationsausrüstung, Stromversorgungen und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Stromversorgungen: 28,5%	2,87
2017	Sekundärradarsysteme, Kommunikationsausrüstung und Teile für Sekundärradarsysteme, Kommunikationsausrüstung: 49,7% Technologie zur Herstellung von beschussfesten Laminaten: 27,6% Zielentfernungsmesssysteme: 17,7%	0,73
2018	Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung: 77,7% Teile für U-Boote: 12,0%	1,04
2019	Teile für Feuerleiteinrichtungen: 64,2% Kommunikationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung: 16,2%	1,09
2020	Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 83,2%	6,57
2021	Teile für Feuerleiteinrichtungen und Zielentfernungsmesssysteme: 49,0% Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 36,9%	4,59
2022	Teile für Unterwasserortungsgeräte: 98,4%	0,94
2023	Landhilfesystem für Forschungsschiff: 66,5% Software für Flugkörperabwehrsysteme für Luftfahrzeuge: 27,2%	0,37

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2023, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1

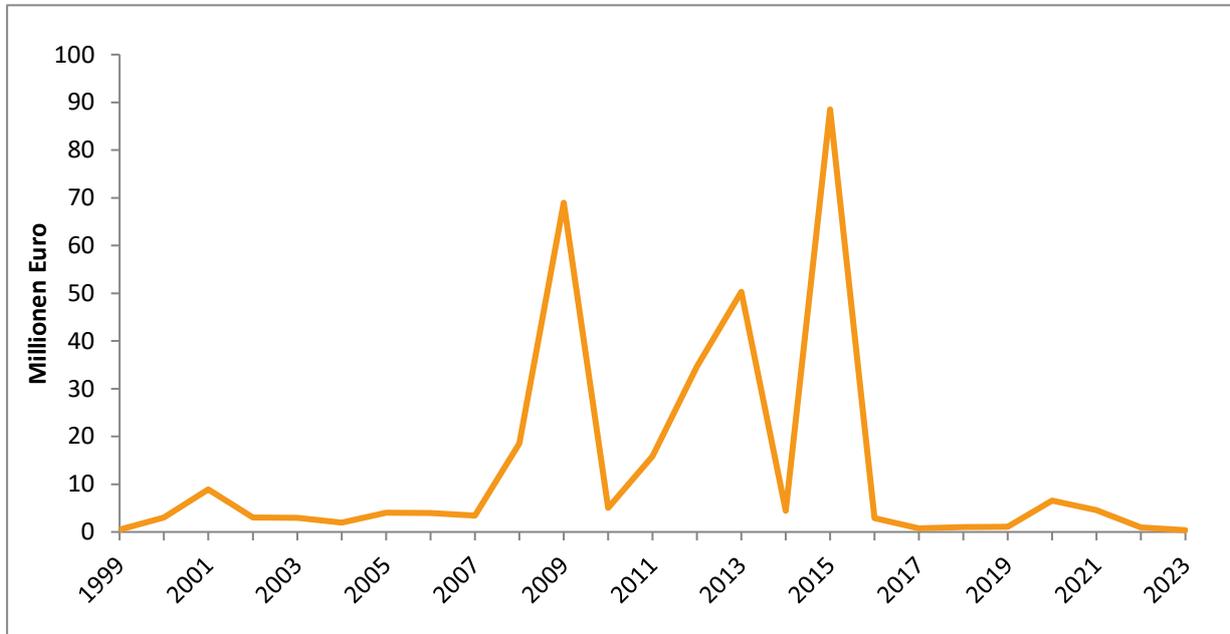
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2023

Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Kolumbien 2000-2024

Anzahl	Bezeichnung	Waffen-kategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
(1)	BK-117	Leichter Hub-schrauber	(2003)	2003	(1)	Neuwertig
1	OPV-80	Patrouillenboot	(2008)	2012	1	Neuwertig
1	CPV-40	Patrouillenboot	2009	2011	1	Neuwertig
16	MTU-1163	Dieselmotor	(2009)	2012-2014	(16)	neuwertig
1	OPV-80	Patrouillenboot	2011	2014	1	Neuwertig
1	OPV-80	Patrouillenboot	2011	2017	1	Neuwertig
(30)	DM-2A3 See-hecht	Torpedo zur U-Boot-Abwehr	2012	2012	(30)	Gebraucht
2	Type-206A	U-Boot	2012	2015	2	Gebraucht, moder-nisiert

Anzahl	Bezeichnung	Waffen-kategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
1	ATR-42	Transportflugzeug	2014	2015	1	Gebraucht

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Deutsche Rüstungsexporte spielen bei der militärischen Ausstattung des Landes nur eine kleine Rolle. In den 2010er Jahren lieferte Deutschland allerdings unter anderem Patrouillenboote und U-Boote nach Kolumbien. Bei den beiden Type-206A U-Booten handelte es sich um gebrauchte U-Boote der Bundesmarine, die im Jahr 2015 geliefert wurden. Für eine umfassende Modernisierung lieferte Deutschland zudem Materialpakete, sodass die staatliche Werft COTECMAR die Modernisierung vor Ort durchführen konnte. Neben der umfassenden Modernisierung umfasste das Verhandlungspaket auch Ersatzteile, Trainingsmaßnahmen, Unterstützung bei der Instandhaltung sowie 30 Seehecht Torpedos. Im Jahr 2009 einigte sich die kolumbianische Regierung mit ThyssenKrupp Marine Systems auch auf die Modernisierung von zwei U-Booten der Klasse 209/1200, welche bereits 1975 an Kolumbien geliefert wurden. Im Dezember 2011 hat Kolumbien außerdem zwei Patrouillenboote vom Typ OPV-80 der deutschen Firma Fassmer geordert. Die Schiffe wurden 2012 in der kolumbianischen Werft Cartagena in Lizenz gefertigt. 2011 hatte Kolumbien bereits ein neuwertiges CPV-40 Patrouillenboot erhalten. Im Jahr 2015 lieferte Deutschland zudem ein gebrauchtes Transportflugzeug vom Typ ATR-42. Zwischen 2012 und 2014 lieferte Deutschland außerdem insgesamt 16 Dieselmotoren zur Modernisierung von vier FS-1500 Fregatten (Padilla).

2020 genehmigte die deutsche Bundesregierung die Ausfuhr von Teilen für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte im Wert von 6.565.598 Euro. Ein Export von Teilen für U-Boote wurde zuvor auch 2018 genehmigt. Im Jahr 2022 wurden drei Exportgenehmigungen nach Kolumbien erteilt. Diese beinhalteten Teile für Unterwasserortungsgeräte im Wert von 940.000 Euro. 2023 umfassten die ausgeführten Rüstungsgüter nach Kolumbien einen Gesamtwert von 366.380 Euro und umfassten ein Landesystem für ein Forschungsschiff und Software für Systeme zur Flugabwehr.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Kolumbien 2020-2024, Mio. TIV

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	80	45	50	3	19	196

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

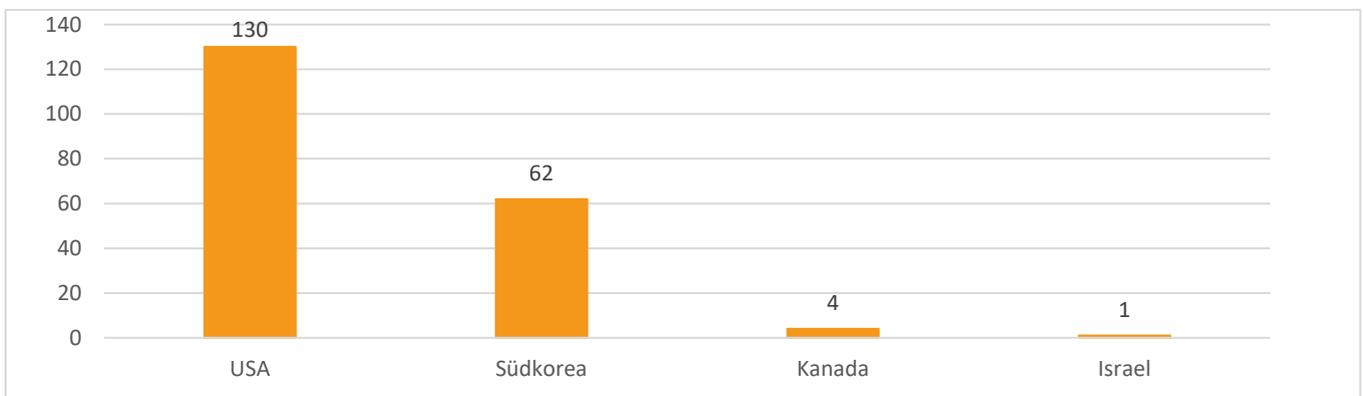
Tabelle 4

Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Kolumbien 2020-2024, Mio. TIV¹

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	-	-	-	-	-	-

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: Mai 2025) nahm Kolumbien 2020-2024 die 65. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein.

Größter Waffenlieferant der letzten Jahre sind mit Abstand die USA (mit 66 % aller Lieferungen), die im Rahmen des „Plan Colombia“ umfangreiche Finanzmittel für Ausbildung und Beschaffung zur Verfügung stellen. Zum Zweck der Bekämpfung des Drogenanbaus und -schmuggels sowie zur Aufstandsbekämpfung lieferten die USA insb. eine Vielzahl von Luftfahrzeugen. So bestellte Kolumbien im Jahr 2020 vermutlich fünf gebrauchte Hubschrauber des Typs UH-1H – zusätzlich zu einer früheren Bestellung aus dem Jahr 2011, bei der bereits zehn Exemplare (neuwertig) geordert worden waren. Bis 2021 wurden alle Exemplare geliefert. Seit 2011 erhielt Kolumbien zudem 84 gebrauchte Bell-206 Transporthubschrauber (teilweise als Schenkung und teilweise als Trainingsgeräte), von denen die letzten in 2019 geliefert wurden. Die USA lieferten in den vergangenen Jahren außerdem zehn gebrauchte und 22 neuwertige SH-70 Black Hawk Transporthubschrauber sowie fünf neuwertige Bell-412

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Helikopter, von denen das letzte Exemplar 2022 geliefert wurde. Neben Hubschraubern liefern die USA auch verschiedenste Flugzeugtypen an Kolumbien: seit 2011 etwa zwei neuwertige King Air-350i (Lieferung des letzten in 2021) sowie je eine King Air 350 (als Signalaufklärungsflugzeug) und eine King Air C-90GTx, schätzungsweise vier neuwertige Cessna-208 Caravan und zehn Cessna-172 (Lieferung der letzten Exemplare in 2024). Außerdem erhielt Kolumbien seither 24 von 25 geordneten Legacy-Trainingsflugzeugen und bisher sieben von zehn geordneten T-6 Texan-2 (bewaffnete Trainingsflugzeuge; letzte Lieferung in 2023). Seit 2020 wurden außerdem drei gebrauchte C-130H Transportflugzeuge sowie zwei gebrauchte Boeing-737NG geliefert. Von den Boeing-Flugzeugen hatte Kolumbien bereits 2013 zwei gebrauchte Exemplare erhalten. Des Weiteren wurden seit 2011 einige Luftraumüberwachungs- sowie Seepatrouillenradare, tragbare Boden-Luft-Raketen (Stinger, 60 Stück), Antipanzerraketen (BGM71 TOW, 100 Stück), Lenkbomben (Paveway, 80 Stück) und neun Drohnen geliefert. Letztere umfassen sechs neuwertige ScanEagle (im Jahr 2013) und drei gebrauchte V-BAT-128 im Jahr 2024 (als Schenkung). Eine bemerkenswerte Schenkung seitens der USA war zudem eine im Jahr 2020 beschlossene Übergabe von 200 gebrauchten gepanzerten Mannschaftstransportern vom Typ M-1117 Guardian, die bis 2024 abgeschlossen wurde. Zuvor hatte Kolumbien bereits zwischen 2013 und 2016 30 Exemplare hiervon (neuwertig) erhalten.

Zweitwichtiger Rüstungslieferant für Kolumbien ist Südkorea (mit 31 % der Lieferungen). Von dort bezog die Marine Kolumbiens 2014 eine gebrauchte südkoreanische Korvette der Donghae-Klasse und 2015 zwei neuwertige STX-250t Patrouillenboote. 2020 stiftete Südkorea zudem eine gebrauchte Po Hang Korvette. 2019 bestellte Kolumbien vier gebrauchte C-STAR Schiffsabwehr-Raketensysteme aus Südkorea, welche 2020 geliefert wurden und wahrscheinlich für die Po Hang Korvetten vorgesehen sind.

Ebenfalls ein wichtiger Partnerstaat für Kolumbien ist bzw. war Israel. In den vergangenen Jahren hat Israel insb. Drohnen sowie eine Reihe verschiedener Radar- und anderer Aufklärungssysteme, verschiedene Raketen und Bomben sowie ein paar gepanzerte Mannschaftstransporter (acht neuwertige SandCat im Jahr 2014) geliefert. So importierte Kolumbien 2013 bis 2014 drei Hermes-450 und eine Hermes-900 Drohne. 2017 wurden darüber hinaus zwei gebrauchte IAI Kfir TC-2 Kampfflugzeuge von Israel gekauft. 2020 erhielt Kolumbien 15 Panzerabwehrraketen aus Israel und platzierte 2022 eine Bestellung über wahrscheinlich insgesamt 132 tragbarer Boden-Luft-Raketen der Typen Barak (Barak-LRAD, Barak-MRAD, Barak-MX). 2023 bestellte Kolumbien noch 18 Selbstfahrlaffetten Typ ATMOS-2000 155mm aus Israel. Mit den Anschlägen der Hamas auf Israel am 07. Oktober 2023 und einer Kritik der israelischen Kriegsführung im Gazastreifen durch Kolumbien legte die israelische Regierung noch offene Verteidigungsgeschäfte jedoch auf Eis, sodass seither keine Lieferungen oder Bestellungen von SIPRI mehr verzeichnet wurden.

Aus Kanada erhielt Kolumbien 2021-2023 sieben von wahrscheinlich zehn geordneten Flugzeugmotoren und orderte 2022 55 gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ LAV-3, die bisher noch nicht geliefert wurden. Im Jahr 2013 hatte Kolumbien aber bereits 32 Exemplare des gleichen Modells sowie bereits vier Flugzeugmotoren aus Kanada erhalten. Zur Lieferung steht derzeit noch ein HMS-510 Sonargerät aus.

Weitere Lieferanten waren in der Vergangenheit das Vereinigte Königreich und Portugal. Das Vereinigte Königreich lieferte 2017 bis 2018 18 gezogene Geschütze; Portugal exportierte 2018 zwei gebrauchte AS365/AS565 Hubschrauber nach Kolumbien.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

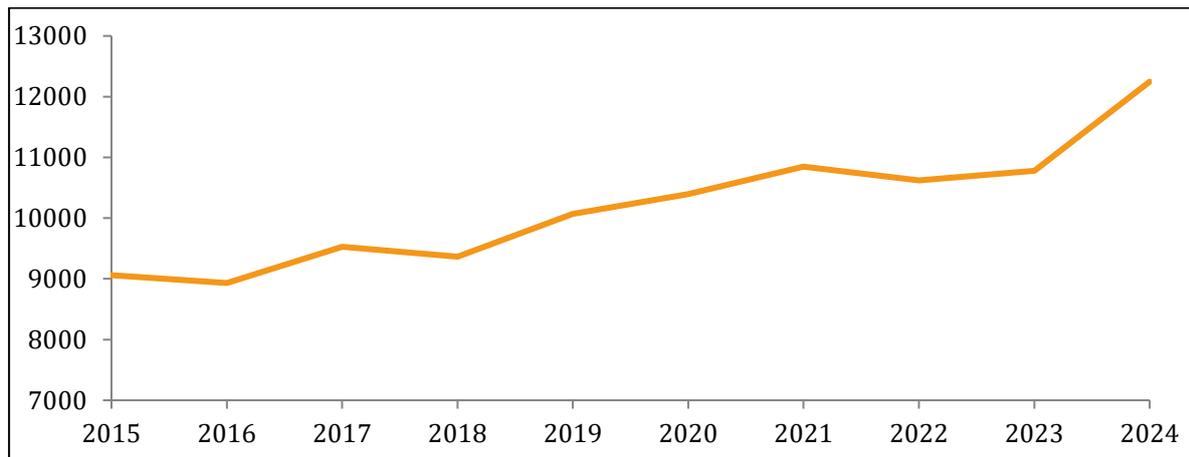
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	10394	10846	10622	10779	12246
Anteil am BIP (in Prozent)	3,5	3,2	2,8	3,0	3,4
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	10,5	9,3	8,2	8,5	10,1

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

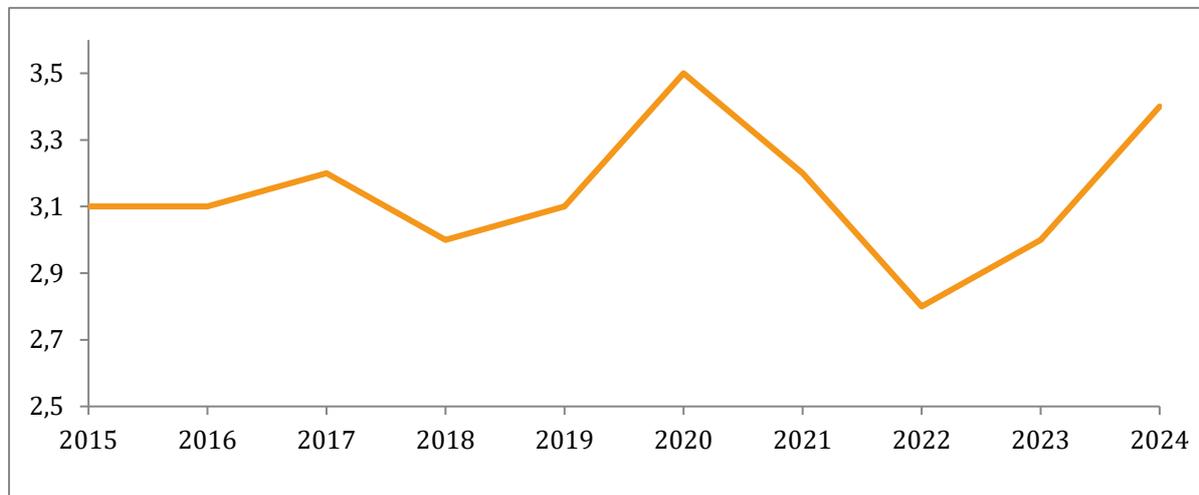
Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2023.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4**Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in Prozent)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Kolumbien hat eine kleine Rüstungsindustrie, die weitestgehend staatlich kontrolliert wird und alle Domänen umfasst. Bereits in den 1950er Jahren etablierte sich Indumil (Industria Militar) als staatlicher Produzent und produziert seitdem in einer Fabrik in Soacha Kleinwaffen und Munition. Kurz darauf wurde bereits eine zweite Fabrik gebaut, die für die Produktion schwerer Munition und Artillerieausrüstung ausgelegt ist. In den 1980er Jahren begann die bis 2023 andauernde Rüstungskooperation mit Israel. In der Zeit erhielt Indumil eine Lizenz zur Produktion der israelischen Galil Gewehre, welche heute die Standardwaffen der kolumbianischen Armee sind. Das Unternehmen hat seine Produktionskapazitäten in den vergangenen Jahren erheblich ausgebaut. In den 1970er Jahren hat Indumil eine Lizenz zur Herstellung des G3 Gewehres erhalten, was lange Zeit zur Standardbewaffnung der Armee diente. Dazu erhielt der staatliche Konzern auch Spezialmaschinen der Firmen Heckler & Koch und Fritz-Werner. Selbst 2007 wurden bei einer Razzia der Polizei noch G3 Gewehre sichergestellt. Zwar werden heute allem Anschein nach keine G3 Gewehre mehr in dem Land produziert, Indumil besitzt jedoch weiter die Kenntnisse und technischen Voraussetzungen, diese Gewehre zu reparieren und Instand zu halten. Heute hält Indumil das Monopol auf die Herstellung, den Import und den Vertrieb jeglicher Waffen in Kolumbien. Es stellt für das Militär neben dem israelischen Galil Gewehr und Munition (NATO Standardkaliber 5,56 mm) auch noch Granaten und anderen Sprengstoff her. In den vergangenen Jahren konnte die Produktion des *Gali* Gewehres erheblich erweitert werden. Neben der Selbstversorgung des kolumbianischen Militärs durch die eigene Industrie ist es durch die Produktionssteigerung gelungen, diese sogar zurück nach Israel sowie in südamerikanische Staaten zu exportieren. Indumil produziert darüber hinaus das 7,62 mm Scharfschützengewehr Galil in Lizenz und etwa 30 Millionen Stück Munition pro Jahr. Jüngst sollten die Standardgewehre mit dem

aktuelleren Modell Galil ACE ersetzt werden. Aufgrund einer Nicht-Verurteilung der Hamas sowie Kritik an der israelischen Kriegsführung im Gazastreifen in dem seit dem 7. Oktober 2023 eskalierten erneuten Konflikt, stellte Israel die Verteidigungskooperation mit Kolumbien noch im Oktober 2023 ein. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen dürfte neben den genannten Lizenzen auch eine Reihe weiterer geplanter Vorhaben und Käufe betreffen. Darüber hinaus produziert Indumil auch für den zivilen Gebrauch zahlreiche weitere Kleinwaffen.

Während die kolumbianische Rüstungsindustrie im Klein- und Leichtwaffenbereich weitgehende Unabhängigkeit erreichen konnte, ist das Militär im Bereich der Großwaffensysteme weiterhin auf zusätzliche Importe angewiesen. Nichtsdestotrotz ist die kolumbianische Rüstungsindustrie heute in allen Bereichen aktiv und Teil von zahlreichen F&E (Forschung und Entwicklung) Programmen, neben (bis zuletzt) Israel beispielsweise mit Brasilien, Südkorea und Spanien. Im Zuge der Ambitionen zum Ausbau der inländischen Rüstungsindustrie wurde Ende 2012 auch das staatliche Unternehmen CODALTEC (Corporación de Alta Tecnología para la Defensa) gegründet, das heute u. a. an der Entwicklung eines Luftverteidigungssystems arbeitet, das auch regional exportiert werden soll. Der staatliche Schiffsbauer COTECMAR (Corporación de Ciencia y Tecnología para el Desarrollo de la Industria Naval Marítima y Fluvial) bedient darüber hinaus nicht nur den kolumbianischen Markt, sondern exportiert mittlerweile Schiffe an Länder der Region sowie an internationale Partner wie die niederländische Marine. COTECMAR hat bereits auch die einheimische Marine mit zahlreichen Transportschiffen und Hochseepatrouillenbooten ausgestattet. Gleichzeitig verkaufte COTECMAR in jüngerer Zeit Schnellboote an die Marine Honduras sowie Patrouillenboote an die brasilianischen Streitkräfte. COTECMAR kooperiert darüber hinaus mit dem südkoreanischen Schiffsbauer STX in der Produktion von Küstenwachschiffen; Ende 2019 wurde angekündigt, dass COTECMAR mit der niederländischen Damen Shipyards Group in der Entwicklung eines ozeanografischen Schiffes zusammenarbeiten wird. Damit hebt sich Kolumbien im Bereich der Schifffahrtsindustrie von vielen anderen Ländern in der Region ab, deren Schifffahrtsindustrien in der Regel hauptsächlich für lokale Marinen produzieren.

Ferner hat in den letzten Jahren das staatliche Luftfahrtunternehmen CIAC (Corporación de la Industria Aeronáutica Colombiana) verstärkt die Entwicklung und Produktion von Drohnen vorangetrieben. Diese zielen ebenfalls einerseits auf den inländischen Markt, andererseits auf den Export, insbesondere in Länder Zentral- und Südamerikas, ab. Dafür hat CIAC 2016 bereits angekündigt, sich mit Airbus zusammenzutun und gemeinsam den Prototyp einer auf dem spanischen Model Atlante beruhenden Drohne zu entwickeln und zu produzieren. Das Projekt basiert auf einem Abkommen der kolumbianischen und der spanischen Regierung. 70 Prozent der Entwicklung sollen von Airbus übernommen werden, 70 Prozent der Produktion hingegen in Kolumbien geschehen. Daneben arbeitet CIAC an der Entwicklung und Produktion eigener Drohnen (Typ Coelum und Typ Quimbaya). Die Coelum Drohne, die der Luftaufklärung dienen soll, ist im Oktober 2020 sowie im Februar und im März 2021 erfolgreiche Testflüge geflogen.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Ja, 18 Monate (nur Männer; Altersgrenze von 24 Jahren)

Box 1**Gesamtstärke der Streitkräfte**

269.000 aktiv, davon:

Heer: 195.400

Marine: 58.000

Luftwaffe: 15.600

Reserve: 34.950

Paramilitärische Einheiten: 165.050

Quelle: IISS Military Balance 2025

Tabelle 6**Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024**

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	293,2	293,2	293,2	293,2	293,2	256	256	257,4	269
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	6,2	6,1	6	5,9	5,8	5	4,9	4,9	5,1

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank

Kommentar

Die kolumbianischen Streitkräfte sind für den Kampf gegen extremistische Gruppen ausgelegt. Über mehr als zwei Jahrzehnte hat die Zahl der Soldat:innen stetig zugenommen, 2016 wurde sie jedoch auf 293.200 und im Jahr 2021 auf 256.000 aktive Soldat:innen reduziert. Im Jahr 2024 mussten die Gesamtstreitkräfte allerdings wieder um 11.550 Personen erhöht werden. So wurde das Heer um 8.000 Personen, die Marine um 1.600 und die Luftwaffe um 1.950 Personen verstärkt

Dem Heer kommt bei der Bewahrung der inneren Sicherheit und der Bekämpfung von Rebell:innen- und Guerillagruppen die größte Bedeutung zu. Im Einsatz sind ebenfalls einige Spezialkräfte des Heeres: Neben Einheiten zur Bekämpfung des Terrorismus gibt es außerdem eine Anti-Drogen-Spezialeinheit, die im Jahr 2000 gegründet wurde. Hinzu kommt eine Spezialeinheit, die besonders auf Entführungen spezialisiert ist – ein Problem, das in Kolumbien weit verbreitet ist. Die kolumbianischen Streitkräfte haben in großem Maße von der US-amerikanischen Unterstützung im Rahmen des „Plan Colombia“ profitiert. Neben den materiellen Zuwendungen seitens der USA ist die militärische Ausbildung der kolumbianischen Streitkräfte ein zentraler Bestandteil der US-Unterstützung. Insbesondere Spezialeinheiten werden von US-Soldat:innen im Kampf gegen Terrorismus und Drogenschmuggel geschult. Doch auch mit Argentinien, Chile und Peru bestehen militärische Beziehungen und mit Brasilien eine verstärkte Zusammenarbeit bei Grenzkontrollen hinsichtlich der sicherheitspolitischen Herausforderungen, die von Venezuela ausgehen. 2017 wurde Kolumbien zudem ein

globaler Partner der NATO. Wie auch in anderen Ländern Südamerikas profitieren die Streitkräfte in Kolumbien auch von zusätzlichen Geldern, die häufig aus der lokalen Verwaltung kommen oder aus eigenen Sicherheitsdienstleistungen generiert werden.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schützenpanzer	60	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	112	
Aufklärer	121	
Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung	3	
Transportflugzeuge	21	
Mehrzweckhubschrauber	19	
Transporthubschrauber	89	
Artillerie	1.808	Davon 1.688 Mörser
Panzerabwehr	150	Zusätzlich tragbare Panzerabwehr- lenkwaffensysteme TOW, Spike-ER
Luftabwehr	4	M1A1

Quelle: *ISS Military Balance 2025*

Kommentar

Das Heer hat in besonderem Maße vom „Plan Colombia“ und den damit verbundenen Waffentransfers aus den USA profitiert. Dennoch ist das Heer mit völlig veraltetem Gerät, wie beispielsweise bis zu 50 Jahre alten Artilleriegeschützen, ausgestattet. Als im Jahr 2000 der „Plan Colombia“ massiv auf die Drogenbekämpfung ausgeweitet wurde, profitierte teilweise auch das Heer von der Lieferung von 60 Hubschraubern. Außerdem befinden sich russische Helikopter im Arsenal des kolumbianischen Heeres, die 2008 gekauft wurden und die Mobilität der Streitkräfte, insbesondere in Waldgebieten, erhöhen sollen. Dringend benötigt wurden die Helikopter zum Transport schweren Kriegsmaterials, wie beispielsweise von Artilleriegeschützen. Damit besitzt das Heer aktuell insgesamt 46 US-amerikanische UH-60L und sieben S-70i Black Hawk sowie 36 leichte Helikopter. Im Rahmen des allgemeinen Modernisierungsprogramms haben die Streitkräfte ebenfalls 22 105mm Artilleriegeschütze bekommen, um völlig veraltete Geschütze auszutauschen. Außerdem hat Kolumbien zwischen 2013 und 2016 das Heer mit insgesamt 30 neuen US-amerikanischen gepanzerten Mannschaftstransportern vom Typ M1117 ausgestattet. Seit 2021 werden zudem 200 gebrauchte

Modelle des gleichen Typs eingeführt. Insgesamt wurden bisher 176 Stück als gepanzerte Mehrzweckfahrzeuge im Heer eingeführt.

Allgemein lässt sich in der gesamten Region (Ecuador, Kolumbien, Brasilien) eine Modernisierung und Aufrüstung der Streitkräfte beobachten.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	4	Zwei T-209/1200 und zwei T-206A
Patrouillenboote	58	
Davon Korvetten	6	
Amphibienfahrzeuge	16	
Logistik und Unterstützung	7	

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

Box 2

Weitere Marineeinheiten

Küstenwache:

16 Patrouillenboote

1 Logistik- und Unterstützungsboot

Marineflieger:

1 Aufklärungsflugzeug

3 Seefernaufklärer

16 Transportflugzeuge

9 Mehrzweckhubschrauber

8 leichte Transporthubschrauber

2 Such- und Rettungshubschrauber

Marineinfanterie:

Einige gepanzerte Mannschaftstransporter

82 Artilleriegeschütze

Einige Mistral Luftabwehrraketen

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

Kommentar

Die Marine übernimmt sowohl Schutzaufgaben der Küstengewässer als auch Aufgaben zur Bekämpfung des Drogenanbaus in der Amazonasregion. Da ein Großteil der Drogen über die Seewässer durch die Karibik geschmuggelt wird, kommen den vier (ehemals deutschen) U-Booten bei der Bekämpfung des Schmuggels besondere Bedeutungen zu. Im Zuge des allgemeinen Modernisierungsprogramms wurden die T-209/1200 U-Boote mit neuen Motoren ausgestattet. Dazu wurde Ende 2008 auch ein Vertrag mit der deutschen HDW zur Modernisierung und Wartung der U-Boote geschlossen. Im Jahr 2015 konnte die Marine zwei ausgemusterte deutsche diesel-elektrische U-Boote der Klasse T206A in Empfang nehmen und in Dienst stellen. Doch auch viele der anderen Schiffe sind in eher schlechtem Zustand bzw. überaltert. Deswegen hat die kolumbianische Marine in den letzten Jahren entsprechende Rüstungsgüter importiert. 2014 importierte Kolumbien bspw. eine gebrauchte südkoreanische Donghae-Korvette und 2015 zwei neuwertige STX-250t Patrouillenboote. 2020 hat Südkorea Kolumbien zudem eine ausgemusterte Po Hang Korvette gestiftet. Im Zuge allgemeiner Modernisierungsprogramme und vor dem Hintergrund der veralteten Ausrüstung der Marine hat die Regierung die Anschaffung von weiteren (Küsten-)Patrouillenbooten sowie (Küsten-)Patrouillenflugzeugen initiiert. Bereits zwischen 2012 und 2017 hat Kolumbien zudem mehrere deutsche Hochseepatrouillenboote in Lizenz produziert. Aktuell läuft auch bspw. ein Projekt mit der niederländischen Damen Shipyard zur Entwicklung und dem Bau von fünf Fregatten für die kolumbianischen Streitkräfte.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	20	
Erdkampfflugzeuge	6	
Aufklärer	11	
Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung	11	
Ausbildungsflugzeuge	65	Davon 36 kampffähig
Transportflugzeuge	71	Davon 12 Passagierflugzeuge
Tank- und Transportflugzeuge	1	
Ausbildungshubschrauber	60	
Mehrzweckhubschrauber	18	
Transporthubschrauber	48	Davon 2 VIP-Hubschrauber
Drohnen	8	<i>Hermes 450/900</i>
Raketen	Einige	Python III/IV/V; I-Derby ER

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

In den vergangenen Jahren kam es bei der Luftwaffe zu einer umfangreichen Modernisierung und Neuanschaffungen. Im Jahr 2005 bestellte die Luftwaffe 25 A-29 *Super Tucano*, wovon 24 bis heute als bewaffnete Trainingsflugzeuge im Einsatz sind. Im Juni 2009 wurde der Vertrag über die Lieferung von Kfir Kampfflugzeugen zwischen Kolumbien und Israel besiegelt. Bereits im Jahr 2007 gewann die israelische Verteidigungsindustrie die Ausschreibung über den 150 Millionen US-Dollar Auftrag, die bereits eingesetzten Kfir zu modernisieren und ebenfalls neue Flugzeuge zu liefern. Stand 2025 befinden sich 20 Stück hiervon im Bestand der Luftwaffe, zwei weniger als noch im Vorjahr. Kolumbien plant derzeit, die Kfir zu ersetzen. Seit dem diplomatischen Bruch mit Israel in Folge des aktuellen Gaza-Krieges besteht zudem die Möglichkeit, dass der Wartungsvertrag mit Israel, welcher Ende 2024 ausläuft, nicht mehr verlängert wird, sodass schnell Ersatz gefunden werden muss. In der engeren Auswahl stehen derzeit offenbar (Stand: 2025) schwedische Gripen und US-amerikanische F-16, nachdem Vertragsverhandlungen mit Dassault 2022 scheiterten.

Aus den USA hat die kolumbianische Luftwaffe in den letzten Jahren etliche Fluggeräte als Schenkung erhalten, darunter einige Hubschrauber und Transportflugzeuge. Weitere Lieferungen stehen aus. 2023 wurde bspw. bekannt, dass Kolumbien plant, ihre Ausbildungsflugzeugflotte (u.a. T-6C Texan) um vier Stück zu erweitern – insgesamt sollen 24 Stück angeschafft werden. Auch weitere im Kommentar zu den [Waffenkäufen](#) genannten Anschaffungen und die bereits im Bestand befindlichen hohen Anteile an transportfähigen Geräten verdeutlichen die klare Ausrichtung der Luftwaffe auf eine größtmögliche Mobilität und Einsatzfähigkeit in nur schwer zugänglichen Regionen. Mittlerweile befinden sich auch acht israelische Hermes 450 bzw. Hermes 900 Aufklärungsdrohnen im Einsatz der kolumbianischen Luftwaffe. 2023 wurde zudem ein Raumfahrtkontrollzentrum eröffnet und ein Erdbeobachtungssatellit gestartet.

Box 3

Paramilitärische Einheiten

National Police Force:

5 Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung

41 Transportflugzeuge

5 Mehrzweckhubschrauber

83 Transporthubschrauber

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Die Military Balance listet die Nationale Polizei als paramilitärische Einheit – in der Tat ist diese auch paramilitärisch organisiert. Sie untersteht zudem direkt dem Verteidigungsministerium. Mehr Infos finden sich daher im entsprechenden Kapitel ([Polizei und andere Sicherheitskräfte](#)).

Box 4***Peacekeeping****Ägypten (MFO): 275 Soldat:innen**Libanon (UNIFIL): 1 Soldat:in**Westsahara (MINURSO): 2 Soldat:innen**Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 2 Soldat:innen**Quelle: IISS Military Balance 2025***Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft**

Auch wenn Kolumbien stellenweise als die stabilste Demokratie in der Region bezeichnet wurde, ist das Land seit Jahrzehnten von Krieg, politischer Gewalt und Terrorismus gekennzeichnet. Während das Militär einerseits ein stabiles politisches System garantiert, loyal ist und dadurch als Hauptstütze der politischen und wirtschaftlichen Elite des Landes fungiert, ist es andererseits in politische Gewalt involviert, die das Land weiterhin prägt. Dem Militär wurde häufig vorgeworfen, das schlechteste Menschenrechtsverhalten in der Welt zu haben. Problematisch wurde die Rolle der Sicherheitskräfte in der Gesellschaft bereits zu Beginn der 1990er Jahre, als das Militär in einem „totalen Krieg“ gegen die Aufständischen und deren Unterstützer:innen eingesetzt wurde. Fortan war jeder verdächtigt und besonders Gewerkschaften, Oppositionsparteien, Bauernbewegungen oder religiöse Bewegungen wurden zum Ziel militärischer Operationen, aufgrund der Annahme, sie unterstützten die Guerillabewegung. Entgegen diesen Entwicklungen genoss das Militär in Umfragen zu Beginn des neuen Jahrhunderts viel Vertrauen innerhalb der Bevölkerung. Zwischen 2002 und 2008 kam es allerdings zu den sogenannten „Falsos Positivos“, einer Vielzahl durch Armeeangehörige verübte wahllose Hinrichtungen von Zivilist:innen um Erfolgsprämien im Kampf gegen Guerillakämpfer:innen zu erhalten. Dass die Bevölkerung das Militär zu Beginn der 2000er Jahre auf einer Vertrauensskala auf Platz zwei hinter der Kirche setzte, hängt mit damaligen Erfolgen im Kampf gegen die Guerillas sowie den Entlassungen von zahlreichen, als korrupt geltenden, führenden Militärs zusammen – der „Falsos-Positivos-Skandal“ wurde erst ab 2008 bekannt. Derzeit (Stand: 2023) ist das Vertrauen in die Streitkräfte laut Daten des [Latinobarometers](#) mittelmäßig. Während 50 % der Befragten wenig bis kein Vertrauen in die Streitkräfte haben, geben 48,5 % an, etwas bis viel Vertrauen in die Streitkräfte zu haben. Grundsätzlich ist in den letzten 15 Jahren ein (gemäßigter) Abwärtstrend zu beobachten, der sich seit dem Friedensschluss mit den FARC-Rebell:innen (2017) deutlicher abzuzeichnen scheint.

Für viele Bewohner:innen, insbesondere von ländlichen Bevölkerungsgruppen, ist das Militär zum ständigen Bestandteil des Alltags geworden. Während sich die Operationsgebiete der Sicherheitskräfte und Guerillas stetig ausdehnten und immer mehr überschneiden, sahen sich viele indigene Bevölkerungsgruppen in ihren Möglichkeiten, ihr Leben geregelt zu gestalten, massiv eingeschränkt. Nicht nur indigene Anführer:innen sind in den vergangenen Jahren Opfer des Krieges geworden. Kolumbien zählte lange Jahre die meisten politischen Morde von sozialen Aktivist:innen und Gewerkschaftler:innen weltweit. Im Jahre 2016 ist die Mordrate um 4 Prozent gesunken. Insgesamt wurden rund 12.200 Tötungsdelikte

verzeichnet – die niedrigste Rate seit 1974. 2024 lag die Mordrate bei 25,4. Zum Vergleich: 1991 lag sie noch bei 85; in Deutschland liegt sie seit Jahren bei 1.

Im politischen System ist das Militär nur bedingt verfassungsgemäß verankert. Zwar sieht die Verfassung nicht explizit vor, dass ein:e Angehörige:r des Militärs den Posten des:der Verteidigungsminister:in bekleiden muss, doch war dies lange Zeit die Norm. Entgegen anderen Minister:innen kann der:die Verteidigungsminister:in nur auf explizite Anordnung des:der Präsident:in das Amt verlieren und ist dadurch nicht an den normalen Turnus der Kabinetts-umbildung gebunden. Der militärische Einfluss auf die Politik ist jedoch durch besondere konstitutionelle und legislative Kontrollmechanismen sehr begrenzt. Hinzukommt, dass hochrangige Militärs häufig nicht der politischen und wirtschaftlichen Elite des Landes angehören, sondern aus der Mittelschicht des Landes rekrutiert werden. Infolgedessen ist das Militär einer zivilen Aufsicht untergeordnet. Die starke zivile Aufsicht und das politische Interesse an einer zivilen Kontrolle des Militärs beziehungsweise an der Begrenzung seiner politischen Macht wurden bspw. 1965, 1969 und 1984 deutlich, als die jeweiligen Präsidenten Militärangehörige aus dem Dienst entließen, weil sie öffentlich die zivile Autorität gegenüber dem Militär angegriffen haben. Daraus wird ersichtlich, dass das Militär einerseits für die innere Sicherheit und die Bekämpfung der Guerillabewegung verantwortlich ist, andererseits jedoch als Garant für die Stabilität des Landes und des politischen Systems angesehen wird und in Teilen der Bevölkerung ein hohes Ansehen genießt.

Erstmals seit den landesweiten Protesten gegen die Regierung aus dem November 2019 hielten seit April 2021 Proteste im Land an, die ursprünglich ausgelöst wurden durch Steuerreformpläne der Regierung, welche allerdings in Folge auf die Protestwelle wieder verworfen wurden. Infolgedessen richteten sich die Proteste vor allem gegen die vorherrschende Polizeigewalt, Armut und Kolumbiens Gesundheitskrise. Ende Mai 2021 hat der damalige Präsident Iván Duque als Reaktion das Militär in die Stadt Cali entsandt, die als Epizentrum der Proteste galt. Dutzende Menschen starben allein am 28. Mai im Rahmen der Proteste und der Polizei- und Militärintervention in Cali. Duque kündigte außerdem an, ein „Maximum militärischer Unterstützung“ für die Polizei in andere Teile des Landes zu entsenden. Das Militär wurde außerdem dafür eingesetzt, Straßenblockaden aufzulösen, die zu Brennstoff- und Lebensmittelengpässen im Land geführt haben. Der Einsatz der Sicherheitskräfte und Militärs wird hierbei insbesondere von Menschenrechtsgruppen kritisiert.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics

<https://legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799>

Kommentar

Die kolumbianische Polizei (*Policía Nacional de Colombia*) beschäftigt etwa 165.050 Beamte:innen und untersteht dem Verteidigungsministerium. Der:die Präsident:in kann durch die Ernennung des:der Polizeidirektor:in ebenfalls erheblichen Einfluss auf die Polizei ausüben. Der paramilitärisch organisierten Einheit kommt sowohl bei der Bekämpfung des Terrorismus als auch des Drogenschmuggels eine wichtige Rolle zu. Sie verfügt daher über die notwendige Mobilität, was sich etwa in der Ausrüstung der Polizei widerspiegelt. Zu der Ausrüstung zählen Transportflugzeuge (u. a. Cessna), Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung (C-26B Metroliner) sowie Mehrzweck- und Transporthubschrauber (u. a. Bell und Blackhawk).

Die Struktur der Polizei umfasst verschiedene Einheiten für die Regionen, die Städte und die einzelnen Bundesstaaten. Diese umfassen die Kriminalpolizei, die Verkehrspolizei, verschiedene Eliteeinheiten, bestimmte Einheiten zur Wahrung öffentlicher Sicherheit und Ordnung sowie zur Drogenbekämpfung. Daneben bestehen noch ein Polizeigeheimdienst (DIPOL; zuständig für die Aufklärung operativer Informationen und von Bedrohungslagen), der Zolldienst und bis 2011 das administrative Sicherheitsdepartment (Inlandsgeheimdienst) (*Departamento Administrativo de Seguridad, DAS*). Dieser Geheimdienst ist direkt dem:der Präsident:in unterstellt und ihm:ihr gegenüber rechenschaftspflichtig. Neben Informationsbeschaffung und Spionageabwehr übernimmt der Geheimdienst ebenfalls wichtige Aufgaben bei der Strafverfolgung. Im Jahr 2009 kam es zu einem Skandal um den DAS, als öffentlich wurde, dass dieser an der illegalen Überwachung von Regierungskritiker:innen, Parlamentarier:innen und Journalist:innen beteiligt gewesen ist. Im Zuge dessen wurden mehrere hochrangige Beschäftigte des Dienstes verhaftet. Während der damalige Präsident Uribe den Geheimdienst nicht abgeschafft hat, unternahm sein Nachfolger Santos den politischen Kraftakt und beendete die 58-jährige Geschichte des DAS Ende 2011. Im Anschluss daran wurde eine neue Behörde geschaffen: Die Nationale Direktion für Nachrichtendienste (*Dirección Nacional de Inteligencia, DNI*). Diese ist, anders als der DAS, nicht in die Strafverfolgung, Grenzkontrolle oder einwanderungsbehördliche Angelegenheiten eingebunden und agiert hauptsächlich als Geheimdienst (sowohl im Inland als auch im Ausland) und Militärischer Abschirmdienst.

Gegen die kolumbianische Polizei gibt es etliche Korruptionsvorwürfe und Anschuldigungen, Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben. Seit diese Vorwürfe insbesondere Ende der 1990er Jahre ihren Höhepunkt fanden, wurden Anstrengungen unternommen, Strukturen krimineller Organisationen und korrupter Polizist:innen aufzubrechen. Insgesamt wurde ein Reformprozess angestoßen, der zu einer partiellen Verbesserung im Kampf gegen Korruption und Menschenrechtsverletzungen innerhalb der Polizei führte. Dies hat die Lage zwar etwas verbessert, es gibt jedoch nach wie vor Berichte über außergerichtliche Tötungen, Amtsmissbrauch, Folter, Gewalt und Erniedrigung von Gefangenen. Polizeigewalt erschüttert immer wieder das Land. So brachen bspw. 2019 Proteste in Folge des gewaltsamen Todes eines Jugendlichen bei einer regierungskritischen Demonstration aus. Dieser war durch ein Geschoss der Polizei getötet worden. Demonstrierende forderten daraufhin Untersuchungen durch eine unabhängige Institution; Straffreiheit bei Vergehen von Seiten der Sicherheitskräfte bleibt jedoch ein Problem in Kolumbien.

Auch im September 2020 brachen gewaltsame Proteste in Kolumbien aus, nachdem publik wurde, dass ein Mann durch Polizeigewalt in Bogotá gestorben ist. Bei den

Auseinandersetzungen zwischen den Protestierenden und den Sicherheitskräften wurden wiederum mindestens sieben Personen getötet. Ab April 2021 hielten ferner landesweit Proteste gegen die im Land grassierende Armut, die Krise im Gesundheitssektor und Polizeigewalt an. Die Regierung hat im Zuge dessen die Polizei eingesetzt, die gewaltsam gegen Demonstrierende vorging. Menschenrechtsorganisationen haben berichtet, dass die Polizei nicht nur mit Tränengas gegen die Protestierenden vorgeht, sondern teilweise auch mit scharfer Munition auf diese geschossen hat. Ende Mai 2021 besagten offizielle Zahlen, dass mindestens 59 Menschen im Rahmen der Auseinandersetzung getötet sowie mehr als 2.300 Zivilist:innen und Sicherheitskräfte verletzt wurden.

Durch die langanhaltenden Konflikte und bewaffneten Auseinandersetzungen verfügen hunderte Stadtbezirke über eine unzureichende oder gar keine Präsenz staatlicher Sicherheitskräfte. Die private Sicherheitsindustrie in Kolumbien boomt daher, nicht zuletzt auch aufgrund der sehr hohen Kriminalitätsrate. 2008 setzten private Sicherheitsunternehmen mehr als zwei Milliarden US-Dollar um, 2020 waren es bereits 6,7 Milliarden Dollar. 2020 sollen behördlichen Angaben zufolge bereits 856 private Sicherheitsfirmen in der Branche tätig gewesen sein. Mehr als 28.658 Personenschützer:innen sowie 297.133 sonstige Sicherheitsbeamt:innen erwirtschaften demzufolge allein rund 1,6 Prozent des kolumbianischen Bruttoinlandsproduktes.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [BICC-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Weltraumvertrag von 1967	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) von 2021	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	https://treaties.un.org

Kommentar

Kolumbien ist einigen Abrüstungsverträgen nicht beigetreten, so u. a. der Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978. Dem entgegen gehörte Kolumbien zur Kerngruppe bei der Erarbeitung des Ottawa-Vertrages zum Verbot von Anti-Personenminen. Dennoch sind in Kolumbien heute weiterhin tausende von Minen verstreut, die täglich Menschenleben fordern. Zumeist werden diese improvisierten Minen durch nicht-staatliche bewaffnete Akteure produziert und ausgelegt. So wurden allein 2022, dem Landmine Monitor ([2023](#)) zufolge, rund 105 Vorfälle der ELN, 224 Vorfälle der FARC-Dissidenten und 26 weitere Vorfälle dem GAO Clan del Golfo zugeschrieben. Im Mai 2022 wurde zudem ein Arsenal von fast 2000 Anti-Personenminen durch die Streitkräfte sichergestellt. Den internationalen Waffenhandelsvertrag hat Kolumbien am 15.10.2024 ratifiziert. Damit tritt dieser für Kolumbien zum 13. Januar 2025 in Kraft.

Gegen Kolumbien ist weder ein Waffenembargo der Vereinten Nationen noch der Europäischen Union verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 5

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2023

There were no significant changes in the human rights situation in Colombia during the year.

Siehe Report 2022:

Colombia is a constitutional, multiparty republic. Presidential and legislative elections were held in 2022. Voters elected Gustavo Petro president in a second round of elections that observers considered free and fair and the most peaceful in decades. President Petro was inaugurated on August 7. The Colombian National Police force is responsible for internal law enforcement and is under the jurisdiction of the Ministry of Defense. The Migration Directorate, part of the Ministry of Foreign Affairs, is the immigration authority. The Colombian National Police shares law enforcement investigatory duties with the Attorney General's Corps of Technical Investigators. In addition to its responsibility to defend the country against external threats, the army shares limited responsibility for law enforcement and maintenance of order within the country. For example, military units sometimes provided logistical support and security for criminal investigators to collect evidence in high-conflict or remote areas. Civilian authorities generally maintained effective control over security forces. There were reports that members of the security forces committed some abuses. Significant human rights issues included credible reports of: unlawful or arbitrary killings; torture and arbitrary detention by government security forces and armed groups; serious abuses in a conflict; criminalization of libel; serious government corruption; violence against and forced displacement of Afro-Colombian and Indigenous persons; violence against lesbian, gay, bisexual, transgender, queer, and intersex persons; and killings of and other violence against trade unionists. The government generally took steps to investigate, prosecute, and punish officials who committed human rights abuses, although most cases experienced long delays. Many investigations included cases stemming from throughout the armed conflict in the country starting in the 1960s. The government generally implemented laws criminalizing official corruption. Armed groups, including dissidents of the former

Revolutionary Armed Forces of Colombia, National Liberation Army, and drug-trafficking gangs, continued to operate. Armed groups, as well as narcotics traffickers, were reported as significant perpetrators of human rights abuses and violent crimes, including acts of extrajudicial and unlawful killings, extortion, and other abuses or crimes, such as kidnapping, torture, human trafficking, bombings, restrictions on freedom of movement, sexual violence, unlawful recruitment and use of child soldiers, and threats of violence against journalists, women, human rights defenders, and religious leaders. The government generally investigated these actions and prosecuted those responsible.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2023
<https://www.state.gov/reports/2023-country-reports-on-human-rights-practices/colombia/>

Box 6

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2025

Despite peace talks and ceasefires, civilians continued to be affected by human rights violations and breaches of international humanitarian law caused by armed conflict, with Indigenous Peoples and Afro-descendant and peasant communities disproportionately affected. Enforced disappearances continued and searches remained challenging. Violence against human rights defenders was pervasive, despite measures by the government to improve protection. Comprehensive police reform remained pending. Violence against journalists, women and girls and LGBTI people was ongoing. There was controversy over the alleged use of spyware by security forces. Some progress was made in reparations and justice for violence at the hands of the armed forces, but impunity continued. There were concerns about the rights of Venezuelan refugees, despite some progress. The Escazú Agreement was deemed constitutional. The pension reform bill was enacted.

Quelle: Amnesty International Report April 2025
<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/8515/2025/en/>

Box 7

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2025

Bewertung für Kolumbien auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 39/60

Politische Rechte: 31/40

Gesamtbewertung: Frei (70/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 8**Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2025**

Colombia is among the longest-standing democracies in Latin America, but one with a history of widespread violence and serious human rights abuses. Public institutions have demonstrated the capacity to check executive power, and the country's main left-wing guerrilla group signed a peace accord in 2016. Nonetheless, Colombia faces enormous challenges in consolidating peace and guaranteeing political rights and civil liberties outside of major urban areas.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/colombia/freedom-world/2025>

Kommentar

Obwohl Kolumbien allen wichtigen Menschenrechtsabkommen beigetreten ist, ist die Menschenrechtssituation im Land seit Jahren sehr schlecht. Sowohl von staatlicher Seite als auch von Seiten von Guerillagruppen werden zahlreiche Menschenrechtsverletzungen begangen. Der jahrzehntelange Bürgerkrieg, in den unterschiedliche Konfliktparteien involviert waren, hat immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen geführt. Seit 1960 hat dieser Konflikt mehr als eine halbe Millionen Menschenleben gefordert. Kolumbien steht damit auf einer Stufe mit dem Sudan und der Demokratischen Republik Kongo. Auch nach dem Friedensschluss zwischen der FARC und der Regierung und der Entwaffnung ersterer sind politische Morde, Entführungen und Einschüchterungen an der Tagesordnung (siehe ausführlicheres hierzu im folgenden Kommentar). Die Vertreibung zahlreicher Menschen führt zu einer angespannten ökonomischen Lage, da die Menschen sich nicht mehr selbst in ihren Dörfern versorgen können. So waren (Stand: Ende 2023) 5,1 Millionen Menschen intern vertrieben, die vierthöchste Zahl weltweit. UNHCR zufolge liegt die Zahl sogar bei 6,9 Mio (Stand: März 2024) – damit weist Kolumbien die weltweit größte Zahl auf.

Problematisch ist ebenfalls der Umgang der Regierung mit politischen Gefangenen, welchen der Status eines politischen Gefangenen seitens der Regierung verweigert wird und was die Arbeit von Menschenrechtsgruppen erschwert. Zahlreiche Berichte machten immer wieder den Einsatz von Folter gegen Gefangene öffentlich. Hinzu kommen, laut World Prison Brief (2024), fast 100.000 Inhaftierte (Stand 2022), verteilt auf 125 Haftanstalten. Die Bedingungen in den stark überfüllten Haftanstalten sind entsprechend [prekär](#).

Die kolumbianische Regierung steht vor der Herausforderung, die Menschenrechtsverletzungen in den Griff zu bekommen und die Sicherheitskräfte für ihre Taten zur Verantwortung zu ziehen. Die Gratwanderung zwischen militärischer Sicherheit und Einhaltung der Menschenrechte stellt die kolumbianische Regierung weiterhin auf die Probe. In den letzten Jahren erschütterten jedoch immer wieder Menschenrechtsverletzungen der staatlichen Sicherheitskräfte und Polizeigewalt das Land. Diese sind einer der Gründe für die landesweiten Proteste ab April 2021, die immer wieder in gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und Sicherheitskräften mündeten und bei denen regelmäßig Menschen starben (siehe auch [Spannungen und innere Konflikte](#))

Bei dem Konflikt, um die ungerechte Landverteilung und die in der Vergangenheit häufig angewandte Zwangsenteignung, zeichnet sich eine Lösung ab. Im Juni 2011 unterzeichnete Ex-Präsident Santos ein Gesetz, das eine Landumverteilung sowie Ausgleichszahlungen für Opfer von Menschenrechtsverbrechen vorsieht. Auch der im September 2016

verabschiedete Friedensvertrag zwischen den FARC-Rebell:innen und der kolumbianischen Regierung sieht eine Landreform vor, die zu einer gerechteren Ressourcenverteilung beitragen soll. Darüber hinaus sollen Ausgleichszahlungen zukünftig durch enteignetes, illegal erwirtschaftetes FARC-Kapital geleistet werden.

Human Rights Watch verweist im [Report 2023](#) darauf, dass Menschenrechtsverletzungen von Seiten bewaffneter Gruppen nach wie vor ein ernstzunehmendes Problem in Kolumbien darstellen. Darunter fallen Tötungen, die Rekrutierung von Kindern und Vergewaltigungen. Die Gewalt hat zwar nach dem Friedensvertrag mit der FARC erstmal abgenommen, mittlerweile habe sie jedoch neue Formen und 2022 ein Level angenommen, wie es kurz vor dem Friedensprozess an der Tagesordnung war. Das OHCHR hat bis Oktober 2022 60 „Massaker“ (intentionale Tötungen von drei oder mehr Zivilist:innen in einem einzelnen Fall) dokumentiert. Außerdem seien Menschenrechtsaktivist:innen, Journalist:innen sowie indigene und afro-kolumbianische Führungsfiguren Morddrohungen ausgesetzt. Geschlechtsspezifische Gewalt, beispielsweise durch bewaffnete Gruppen, ist weit verbreitet. HRW sowie Amnesty International ([2024](#)) zufolge bleiben Menschenrechtsverletzungen von Seiten der Sicherheitskräfte auch aktuell ein großes Problem. Darunter fallen Verletzungen, willkürliche Verhaftungen sowie Tötungen. Gleichzeitig gebe es nur begrenzt Reformen, die die Rechenschaftspflicht für die Sicherheitskräfte erhöhen und zukünftigen Menschenrechtsverletzungen vorbeugen. Gewalt gegen LGBTQIA+ Personen ist in Kolumbien ebenfalls verbreitet. So wurden 2021 405 LGBTQIA+ Personen Opfer von Angriffen, einschließlich 103 Fällen von Polizeigewalt und 205 Tötungen durch andere Akteure.

Innere Lage im Empfängerland

Box 9

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

During the period under review, Colombia faced significant political and socioeconomic challenges. First, the country grappled with the far-reaching and multifaceted impact of the COVID-19 pandemic. Official statistics indicate that by December 2022, over 60% of the population had received at least one dose of a vaccine. To alleviate the severe socioeconomic consequences for the most vulnerable populations, the government implemented expanded social protection measures. However, despite these efforts and notable economic growth in 2021 and 2022, poverty rates remain high and have not returned to pre-pandemic levels.

Second, citizen discontent and dissatisfaction with former President Iván Duque's administration increased. Throughout 2021, there were widespread protests against the government, with additional focus on the structural inequalities and exclusions within the country. The state's violent response to these demonstrations further fueled citizen dissatisfaction and amplified the calls for change.

Third, security conditions in Colombia continued to deteriorate. Violence escalated, particularly in areas that have historically had more serious problems. While some progress was made in specific regions, the implementation of the 2016 peace agreement with the FARC remained slow and lackluster. Against this backdrop, Gustavo Petro was elected as the first left-leaning president in Colombia's history in August 2022. To say that the victory of Petro and Francia Márquez (the vice-president) marks a milestone in Colombia's history is not an overstatement. Petro, a former member of the M-19 guerrilla group, is the first

leftist leader ever to win the position of head of state in Colombia. Francia Márquez is an Afro-Colombian human rights and environmental activist from a rural area in the country's south. She is also the first Black woman to be elected to such a position. The new government's plan envisions an ambitious and comprehensive agenda of reforms. In the six months since assuming the presidency, the Petro administration has been able to define some of its strategic priorities and make progress in their implementation. Notably, it has passed legislation enabling a new tax reform, implemented a peace strategy, established the Ministry for Equality, resumed peace negotiations with the ELN guerrilla group and re-established diplomatic relations with Venezuela. While the government has attempted to reach agreements and find common ground with opposing sectors in certain areas, its proposals on crucial issues such as energy policy, the economic model, and health and systems reforms have already sparked significant disagreements and tensions.

Quelle: <https://bti-project.org/en/reports/country-report/COL>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2024)

Im Jahresbericht 2024 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Kolumbien 39 von 100 möglichen Punkten (2023: 40 Punkte). Damit erzielt es genauso viele Punkte wie Guyana, Tunesien oder Sambia. Deutschland erzielte 75 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2024>

Spannungen und innere Konflikte

Kolumbien befand sich über mehrere Jahrzehnte in einem blutigen Bürgerkrieg mit einer schwer durchschaubaren Akteurskonstellation. Seine Wurzeln reichen zurück bis ins Jahr 1948, als erstmals in der so genannten „Violencia“ Konflikte zwischen Liberalen und Konservativen aufbrachen. Auf der einen Seite stand die linksorientierte Guerillagruppe der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC), die gegen das kolumbianische Militär und gegen rechtsgerichtete Paramilitärs kämpfte. Letztere wurden angeführt von der 1997 entstandenen Dachorganisation aller paramilitärischen Gruppen, der Vereinigten Bürgerwehren Kolumbiens (AUC). Allen Parteien dieses Konflikts werden zahlreiche Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen.

Ein Auslöser der Gewalt und zentrale Ursache für den Konflikt war die ungerechte Landverteilung. Schätzungen von Oxfam aus dem Jahr 2014 zufolge besitzen ca. ein Prozent der Bevölkerung gut 81 Prozent der Landfläche. Indigene Bevölkerungsgruppen befinden sich häufig im Konflikt mit multinationalen Unternehmen, die die Bodenschätze des Landes ausbeuten. Die FARC, die älteste Guerillagruppe, hatte im langen Verlauf des Konflikts ein zwiespältiges Ergebnis erlangt. Auf der einen Seite kam es zu sozialen Verbesserungen in den besetzten Gebieten, auf der anderen Seite finanzierte sich die Gruppe bald aus dem Drogenhandel, war verantwortlich für Menschenrechtsverbrechen und setzte auf Zwangsrekrutierung, um die Kampfstärke zu erhalten. Heute kontrolliert Kolumbien fast 80 Prozent des weltweiten Kokainmarktes auf der Angebotsseite. Dass der Drogenhandel eine solche Konfliktdynamik entfalten konnte, ist vor allem dem schwachen Staat geschuldet, der es bislang nicht vermochte, den Drogenhandel zu unterbinden. Allein im Jahr 2023 soll [UNODC](#) zufolge die potenzielle Produktion in Kolumbien um 53 Prozent gestiegen sein.

Zu Beginn des Konflikts in den 1960er Jahren konnte die Regierung Kolumbiens, auch mit Unterstützung der USA im Rahmen der Latin America Security Operation (LASO), den

damaligen Guerillabewegungen eine entscheidende militärische Niederlage zufügen. In der Folge gründete sich 1964 die FARC. Diese konnte in den 1980er und 1990er Jahren der kolumbianischen Armee schwere militärische Niederlagen zufügen. In dieser Zeit fanden allerdings auch die bis dahin erfolgversprechenden Friedensverhandlungen zwischen der FARC und der Regierung statt. Im Jahr 2002 erklärte die Regierung die Verhandlungen jedoch für gescheitert. Damit begannen eine groß angelegte Militäroffensive und die Rückkehr zur militärischen Lösung des Konflikts. Unterstützt wurde dies unter anderem durch den „Plan Colombia“ der USA, der umfangreiche Militärhilfe für die Armee vorsah. Der Kampf gegen den Drogenschmuggel und die für die USA wichtige geostrategische Lage des Landes haben zu einer Internationalisierung des transnationalen Konflikts geführt. Kritiker:innen werfen den USA vor, dass sie nicht zur Lösung des Konflikts beigetragen haben, sondern vielmehr durch ihre Politik Teil des Problems geworden sind. Der Konflikt zwischen der FARC und der kolumbianischen Regierung blieb bis 2016 bestehen und war insbesondere in den vergangenen Jahren noch von extremer Gewalt auf beiden Seiten geprägt. Zur zentralen Strategie der Regierung gehörten das gezielte Töten von FARC-Führungsfiguren und Luftangriffe auf die Infrastruktur der Guerillabewegung. Eine der größten Luftoperationen fand im September 2010 unter dem Namen „Operation Sodom“ statt, bei der einige führende Personen und eine Vielzahl an Rebell:innen getötet wurden.

Die Paramilitärs, ein zentraler Akteur in dem Konflikt, die sich dem Schutz der Großgrundbesitzer:innen verschrieben haben, sind eng mit staatlichen Sicherheitskräften und dem politischen System verbunden. In den vergangenen Jahren gab es einen Demobilisierungsprozess, der tausende Paramilitärs erreichte. Dieser wird jedoch als zu oberflächlich kritisiert. Kritiker:innen wenden ein, dass die mafiaähnlichen Strukturen und Kontakte in die organisierte Kriminalität weiterhin bestehen bleiben. Problematisch bleibt auch der politische Einfluss der Paramilitärs und die Verbindungen zum Sicherheitsapparat der Regierung. Bereits im Jahr 2006 kam durch die Enthüllung kolumbianischer Medien zum Vorschein, dass der damalige Inlandsgeheimdienst DAS korrumpiert war und sehr eng mit paramilitärischen Gruppen zusammenarbeitete. Tausende ehemaliger Paramilitärs haben bis heute unter dem Schutzschirm des Sondergesetzes zur Demobilisierung zehntausende Morde und Entführungen gestanden.

Im November 2012 einigten sich Vertreter:innen der kolumbianischen Regierung und der FARC auf einen Beginn von Friedensverhandlungen. Zu Beginn der Verhandlungen verkündete die FARC eine einseitige Waffenruhe, die bis Januar 2013 dauerte. Im Vorfeld führten bereits Unterhändler:innen beider Parteien in der norwegischen Hauptstadt Oslo Geheimgespräche. Angriffe des kolumbianischen Militärs auf FARC-Stützpunkte erschwerten jedoch zeitweise die Verhandlungen. Auch die FARC selbst hielt sich nicht durchgängig an den Waffenstillstand. So verübten FARC-Guerillas bspw. im Juli 2013 einen Anschlag, bei dem 15 kolumbianische Soldat:innen starben.

Nach vierjährigen Verhandlungen einigte sich die Regierung unter dem damaligen Präsident Juan Manuel Santos und FARC-Chef Timoleón Jiménez alias Timoschenko in Havanna im Oktober 2016 auf einen gemeinsamen Friedensvertrag. Das Abkommen scheiterte jedoch zunächst mit knapper Mehrheit am 2. Oktober an einem Referendum der kolumbianischen Bevölkerung. Verhandlungsführer:innen beider Seiten und der Opposition sowie Vertreter:innen der Zivilgesellschaft überarbeiteten und präzisierten das bestehende Vertragswerk daraufhin, sodass dieses im Dezember 2016 von Unterhaus und Senat jeweils einstimmig verabschiedet wurde. Im Juni 2017 erklärte die UN-Beobachtermission für Kolumbien die

Entwaffnung der FARC-Rebell:innen für abgeschlossen. Rund 7.000 FARC-Mitglieder haben demnach ihre registrierten Waffen in einem der insgesamt 26 eingerichteten Entwaffnungszentren abgegeben und sollten in ein ziviles Leben zurückkehren. Zur Unterstützung hierzu sollte jede:r bisherige Guerillakämpfer:in anfangs monatlich eine Unterstützung von rund 215 US-Dollar bekommen. Zudem galt das Versprechen, selbst schwerste Verbrechen nur mit maximal acht Jahren Haft zu ahnden. Das Friedensabkommen sieht außerdem umfassende Ansätze zur Bekämpfung des Drogenhandels vor. Das Vermögen der Rebell:innen, das überwiegend über den Drogenhandel generiert wurde, soll zur Entschädigung der Opfer zwangsenteignet werden. Die ehemaligen FARC-Rebell:innen wollen ihre politischen Ziele, zu denen insbesondere eine gerechtere Landverteilung und die Unterstützung der armen Landbevölkerung zählen, nun als politische Bewegung verfolgen. Hierzu gründeten sie ihre neue Partei Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común (Alternative Revolutionäre Kraft des Volkes). Das Friedensabkommen garantiert der FARC in den beiden folgenden Legislaturperioden jeweils fünf Sitze im Senat und in der Abgeordnetenversammlung.

Seit Februar 2017 führt Kolumbiens Regierung auch Friedensverhandlungen mit der ELN (Ejército de Liberación Nacional, zu dt. Nationale Befreiungsarmee). Diese ist mit rund 6.160 (Stand [2023](#); Angabe des kolumbianischen Verteidigungsministeriums) Mitgliedern derzeit die größte noch aktive Guerillaorganisation in Kolumbien. Im September 2017 konnten sich die Parteien auf einen Waffenstillstand vom 1. Oktober 2017 bis zum 12. Januar 2018 einigen. 2018 und 2019 verübte die marxistische Rebell:innengruppe jedoch eine Vielzahl blutiger Anschläge auf Zivilist:innen und kolumbianische Sicherheitskräfte. Aufgrund der Corona-Krise hat die marxistische ELN im März 2020 eine vorübergehende Waffenruhe erklärt. Aktuell befinden sich die ELN und die Regierung in einem Waffenstillstand im Rahmen von Friedensgesprächen. Nichtsdestotrotz übt die ELN nach wie vor Gewalt aus, beispielsweise durch Entführungen, wie Ende 2023, als sie die Eltern des bekannten Fußballspielers Luis Diaz kidnappeten. Auch sind mit zwei Dissidentengruppen der FARC (EMC (rund 3.860 Mitglieder) und Segunda Marquetalia (rund 1.751 Mitglieder)) und dem „Clan del Golfo“ (rund 5.000 Mitglieder) weitere bewaffnete Akteure aktiv. Die Mitgliederzahl dieser Gruppen ist im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 11 Prozent gewachsen – insbesondere der Clan del Golfo rekrutierte demnach rund 1.000 Mitglieder (teilweise mittels Zwangs) innerhalb eines Jahres. Auch wenn andere Schätzungen von bis zu 14.000 Mitgliedern ausgehen, ist zumindest die Wachstumsrate des Clans durchaus bemerkenswert.

Im November und Dezember 2019 demonstrierten landesweit hunderttausende Menschen gegen den damaligen Präsidenten Iván Duque, der im August 2018 zum neuen Präsidenten Kolumbiens gewählt wurde. Die Demonstrationen richteten sich im Kern gegen die Umsetzung des Friedensvertrags mit der FARC, die politische Korruption sowie Arbeitsmarkt- und Rentenreform. Im Zuge der Proteste, die sich insbesondere in Cali, Medellín und Bogotá bündelten, wurden mehrere Menschen getötet sowie hunderte Menschen verletzt. Im Zuge eines „Nationalen Dialogs“ wollte Präsident Duque die Lösung der sozialen Probleme wieder auf eine gewaltfreie Ebene bringen. Im April 2021 brachen jedoch weitreichende Proteste in Folge von Steuerreformplänen der Regierung aus, die die Regierung schließlich verwarf. Diese eskalierten jedoch u. a. wegen des gewaltsamen Vorgehens der Polizei und richteten sich nun im Allgemeinen gegen die grassierende Armut im Land, die Krise im kolumbianischen Gesundheitssektor sowie weit verbreitete Polizeigewalt. Ende Mai entsandte Duque daraufhin das Militär zur Unterstützung der Polizei nach Cali. Zahlreiche Menschen sind in

der Auseinandersetzung gestorben und etliche Personen wurden verletzt. Mehr als 180 junge Menschen sitzen zudem seither unter höchst zweifelhaften Anschuldigungen in Haft.

2022 wurde Gustavo Petro zum Präsidenten ernannt. Wie sich die Situation unter seiner Führung entwickeln wird, bleibt es abzuwarten. Unter ihm wurde Francia Marquez Kolumbiens erste afro-kolumbianische Vizepräsidentin. Der neue Verteidigungsminister Iván Velásquez kündigte an, Polizeireformen zu erzielen – unter anderem solle die Polizei nicht mehr beim Verteidigungsministerium angesiedelt sein, wodurch letztlich die Grenze zwischen den Funktionen der Polizei und des Militärs oft verschwommen sei. Laut einem im März 2023 vorgestellten Strategie des Verteidigungsministers Iván Velásquez soll aber ein holistischer, menschenzentrierter Ansatz verfolgt werden. Damit verfolgt die Regierung Petros unter anderem eine [Reform](#) der Polizei und der Streitkräfte.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Kolumbien liegt im Nordwesten von Südamerika und grenzt im Norden an Panama und das karibische Meer. Im Osten hat das für die USA geostrategisch wichtige Land gemeinsame Grenzen mit Venezuela und Brasilien. Im Süden grenzt Kolumbien an Peru und Ecuador. Als einziges Land hat Kolumbien sowohl Zugang zur Karibik als auch zum Pazifik.

Politische Situation in der Region

In der Region herrscht eine allgemein angespannte politische Situation. Zum Beginn der vergangenen Dekade gab es einen regelrechten Rüstungswettlauf, im Zuge dessen sich besondere Rüstungsk Kooperationen zwischen Brasilien und Frankreich, Venezuela und Russland und zwischen Kolumbien und den USA herauskristallisierten. Zahlreiche Waffenlieferungen, insbesondere Großwaffensysteme in die Region, haben zu sicherheitspolitischen Verstimmungen zwischen den südamerikanischen Ländern geführt. Zwar haben sich im vergangenen Jahrzehnt eine Reihe vertrauensbildender Maßnahmen in der Region entwickelt, doch haben jüngste Waffenkäufe (Venezuela, Brasilien, Chile) die sicherheitspolitische Kooperation erschwert. Angesichts der großen sicherheitspolitischen Herausforderungen, vor denen die Region steht – Terrorismus, Drogenschmuggel, Menschenhandel, organisierte Kriminalität, Geldwäscherei und ausufernde Korruption – erscheint Vertrauensbildung und Kooperation jedoch notwendig. Trotz der Anspannungen in bestimmten Grenzregionen ist verstärkte sicherheitspolitische und militärische Kooperation sowie eine allgemeine Bereitschaft der Vertrauensbildung zu beobachten. In der Managua Erklärung von 2006 wurden gemeinsame Sicherheitsbedrohungen identifiziert, die als Basis für weitere Kooperationen dienen. Problematisch für die Region erscheinen die vielen Modernisierungs- und Transformationsprozesse in vielen Ländern. Mit Blick auf diese sollen die Streitkräfte auf neue Bedrohungen vorbereitet werden. In vielen Fällen gehen die Prozesse mit umfangreichen Beschaffungsprogrammen einher. Großes Misstrauen in den meisten Ländern ist weiterhin eine erhebliche Hürde für eine transparentere Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Daher haben defizitäre Informationspolitik und fehlende Transparenz bei den Waffenkäufen in manchen Fällen zu Misstrauen geführt. Bereits im Jahr 2005 kam es zu vier großen Waffenkäufen Venezuelas im Wert von mehr als 1,7 Milliarden US-Dollar (12-24 Super Tucano Flugzeuge aus Brasilien, 15 Helikopter, 12 C-295 Flugzeuge und zahlreiche Boote aus Spanien). Insbesondere die

Anschaffung von Fregatten aus Spanien wurde von Kolumbien als destabilisierend für die Region beschrieben. Ebenfalls kritisch sieht die kolumbianische Regierung die Anstrengungen Venezuelas, Waffen in russischer Lizenz zu produzieren (AK-47).

Brasilien verfügt über ein weit überlegenes militärisches Arsenal und verfolgt eine Politik der regionalen Führerschaft. Zwar ist Brasilien traditionell ein Vorreiter der regionalen Rüstungskoooperation, doch haben die strategischen Rüstungskoooperationen negative Auswirkungen auf die regionalen Kooperationsanstrengungen. Ein zwischenstaatlicher Konflikt in der Region erscheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt recht unwahrscheinlich, ist jedoch für die Zukunft nicht auszuschließen. Zwischenfälle an Grenzregionen haben auf die angespannte Lage aufmerksam gemacht und einige ungelöste Grenzfragen bergen weiterhin ein Risiko.

Grenzkonflikte

In der Vergangenheit gab es zwei schwerwiegende Zwischenfälle an der kolumbianischen Grenze. Der Angriff Kolumbiens gegen FARC-Rebell:innen auf ecuadorianischem Territorium am 1. März 2008 führte zu den bislang schwersten diplomatischen Spannungen zwischen den beiden Ländern und in der gesamten Region. Der bewusste Vergeltungsschlag gegen die FARC hat einen herben militärischen Rückschlag für die Guerillabewegung bedeutet und bescherte Kolumbiens Militär einen deutlichen Sieg. Durch die Tötung Raúl Reyes, dem Vizekommandeur der FARC sowie der Erbeutung wichtiger Dokumente und geheimer Unterlagen, konnte das Militär sich einen großen Vorteil gegenüber der FARC verschaffen. Der Militärschlag wurde jedoch von allen südamerikanischen Regierungen einhellig verurteilt und als unverhältnismäßige Einmischung in fremdes Territorium definiert. Bereits einen Tag später kam es zum Abbruch aller diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern und die ecuadorianische Regierung schickte mehr als 3.000 Truppen in die Grenzregion.

Venezuela und Kolumbien haben traditionell schlechte Beziehungen, die sich immer wieder durch Waffenfunde bei FARC-Rebell:innen, die nachweislich aus Venezuela kamen, verschlechtert hatten. Im Sommer 2009 kam es zu Spannungen zwischen den beiden Staaten, als Venezuela zwei Brücken in der Grenzregion sprengen ließ, die eine direkte Verbindung nach Kolumbien waren. Zeitgleich wurde öffentlich, dass Waffen, die von Venezuela in Schweden gekauft wurden, in den Händen der FARC-Rebell:innen gefunden wurden. Kolumbien hingegen beobachtete mit Sorge die großen Waffeneinkäufe Venezuelas in Russland. Die Sorge erscheint berechtigt, da Venezuela im Januar 2010 begonnen hat, Kampfpanzer und Hubschrauber entlang der kolumbianischen Grenze zu stationieren. Ex-Präsident Santos bemühte sich seit seiner Amtseinführung 2010 jedoch um eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen mit Venezuela. Im August 2016 wurden die Grenzübergänge nach einem Jahr des Abschottens wieder geöffnet und teilweise auch für Autos und LKW zugänglich gemacht. Zudem verständigten sich Santos und sein Amtskollege Maduro auf eine engere Kooperation der Sicherheitsbehörden beider Länder im Kampf gegen das organisierte Verbrechen. Im Dezember 2016 sowie im Zuge der gesellschaftlichen Proteste 2019 schloss Venezuela allerdings erneut für einige Tage die Grenze zu Kolumbien und begründete diesen Schritt mit der Bekämpfung des Geldschmuggels. Der Staat befindet sich seit dem Verfall des Ölpreises in einer schweren Wirtschaftskrise.

Regionale Rüstungskontrolle

Bereits 1967 gab es erste Schritte einer regionalen Rüstungskontrolle mit der Unterzeichnung des Tlatelolco-Vertrages zur Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone. Zwar war dieser Vertrag ein Erfolg im Hinblick auf „harte“ Rüstungskontrolle, jedoch konnte in den folgenden Jahren nicht auf diesen Erfolg aufgebaut und Mechanismen zur konventionellen Rüstungskontrolle entwickelt werden. Nach dem Ende des Kalten Krieges gab es besondere Anstrengungen zur Etablierung vertrauensbildender Maßnahmen in der Region. Das Ziel dieser Maßnahmen lag jedoch im Bereich der „soften“ Rüstungskontrolle: Der Austausch von Informationen, Teilnahme an den UN-Berichterstattungsinstrumenten und die Einladung von Beobachter:innen zu Militärübungen. Zwei wichtige Maßnahmen und Mechanismen sind hingegen in den letzten Jahren entstanden: (a) die OAS Firearm Convention mit dem Ziel, Kleinwaffen und Munition zu kontrollieren und die Import-/ Exportwege transparent zu machen; (b) die OAS Transparency Convention mit Ziel eines Informationsaustausches zwischen den Staaten zum Import und Export konventioneller Waffen.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Kolumbien sind insbesondere durch die Kooperation mit den USA im Kampf gegen Drogen US-Militärs stationiert. Darüber hinaus erhält das Land umfangreiche finanzielle Militärhilfe von den USA. Im Rahmen der Kooperation sind 50 US-Soldat:innen (US Southern Command) in Kolumbien stationiert.

In Kolumbiens Nachbarländern sind keine alliierten Streitkräfte stationiert.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org

Kommentar

Kolumbien ist zahlreichen internationalen Anti-Terror-Konventionen beigetreten. Im Laufe des Jahrzehnte andauernden Bürgerkrieges wurden sowohl von den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC), als auch von den Vereinigten Bürgerwehren (AUC) sowie der Nationalen Befreiungsbewegung (ELN) sowie weiteren nicht-staatlichen bewaffneten Gruppierungen zahlreiche terroristische Anschläge, Entführungen und Morde begangen. Unter anderem ihre Verbindungen zum umfangreichen Drogenschmuggel führten dazu, dass alle drei genannten Gruppierungen seit 2001 auf der US-Terrorliste geführt werden. Seit Dezember 2021 werden hier auch Segunda Marquetalia sowie die FARC-EP geführt.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Kolumbien hat lediglich 1992, 2007 und 2009 Daten im Rahmen des UN-Waffenregisters an die Vereinten Nationen übermittelt. Daten zu den Militärausgaben hat das Land allerdings regelmäßig an die Vereinten Nationen weitergegeben, nach 2019 erstmalig wieder im Jahr 2022.

Da das Land den Arms Trade Treaty am 15.10.2024 ratifizierte und dieser im Januar 2025 in Kraft tritt, wird ein Initialbericht zum 12. Januar 2026 fällig. Ob Kolumbien diesen fristgerecht und öffentlich einsehbar einreichen wird, bleibt abzuwarten. Im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons berichtet Kolumbien seit 2003 i. d. R. im zweijährigen Turnus, letztmalig im Jahr 2024.

Unerlaubte Wiederausfuhr

In Kolumbien existiert ein Gesetz zum Export von Waffen, das sehr strikt ist und nur der Regierung oder Regierungsunternehmen wie Indumil den Import und Export von Waffen sowie Waffenhandel gestattet. Dennoch sind zahlreiche Fälle bekannt, in denen illegal Waffen geschmuggelt wurden. 2006 gab es Statistiken zufolge 1,3 Millionen legal registrierte Waffen in Kolumbien. Die Anzahl der illegalen Waffen belief sich damals nach Schätzungen von Expert:innen auf drei bis vier Millionen.

Beim illegalen Waffenhandel spielen verschiedene Akteure eine Rolle: Zum einen wurden immer wieder (ehemalige) Soldat:innen der kolumbianischen Armee festgenommen, die Waffen unerlaubt an die FARC-Rebell:innen weitergegeben haben. Ein Beispiel hierfür ist der Kauf von über 7.000 AK-47 im Jahr 1999, den ein ehemaliger Offizier der kolumbianischen Armee bei einem bulgarischen Unternehmen tätigte und die 2001 ohne Einbezug von Indumil ins Land gebracht wurden. In einem anderen Fall wurden im Jahr 2003 zwei ehemalige kolumbianische Militärs angeklagt, mehr als 7.000 AK-47 Sturmgewehre, Munition und andere Ersatzteile an die Rebell:innengruppen geliefert zu haben. Ebenfalls in diesem Jahr wurde ein Major der kolumbianischen Armee festgenommen, weil er einen ähnlichen Waffendeal mit Waffen aus israelischer Produktion eingefädelt hat. Diese Ereignisse sind keine Einzelfälle: Um an Waffen zu gelangen, bediente sich die FARC nicht nur immer wieder lokaler Kräfte, sondern arbeitete auch mit internationalen Waffenhändler:innen zusammen. So sollen die Rebell:innen unter anderem versucht haben, einen 100-Millionen-Dollar-Kredit von dem ehemaligen libyschen Staatsoberhaupt Muammar Gaddafi zu erhalten, um Flugabwehrwaffen kaufen zu können. Diese Information entstammt entsprechenden E-Mails, die auf dem Computer des FARC-Kommandeurs Luis Edgar Devia Silva gefunden wurden.

In einem anderen Fall von illegaler Waffenausfuhr mit Kolumbien als Empfängerland war Deutschland indirekt involviert: Im Jahr 2009 soll die US-Tochterfirma SIG Sauer Inc. in Exeter 98.000 SIG SP-2022 Pistolen für rund 70 Millionen US-Dollar an die amerikanischen Streitkräfte geliefert haben. Im Jahr 2010 wurden die in Deutschland produzierten Waffen in die USA geliefert, von wo aus sie direkt in die Hände der kolumbianischen Polizei weitergegeben

wurden. Offenbar exportierte die US-Armee insgesamt über 100.000 Pistolen des besagten Typs in das südamerikanische Land – ohne eine dafür notwendige Genehmigung der deutschen Behörden eingeholt zu haben. In einem Gerichtsurteil im Jahr 2021 wurde Sig Sauer zu einer Sanktion von 11,1 Millionen Euro verurteilt – nach Angaben des [GKKE-Rüstungsexportbericht 2021](#) wurden jedoch lediglich 38.000 Pistolen geliefert.

Korruption sowie die porösen, kaum kontrollierbaren Grenzen im Norden Zentralamerikas befeuern den illegalen Waffenhandel. Die Iguazu-Wasserfälle, die Teil der sogenannten „Drei-Grenz-Region“ sind, sind Dreh- und Angelpunkt für illegalen Waffenhandel.

Um die Verbreitung von Klein- und Leichtwaffen in der Region stärker zu bekämpfen, verabschiedete Kolumbien im Juni 2003 die Entscheidung 552: Den „Plan der Anden“ zur Vorbeugung, Bekämpfung und Eliminierung von illegalem Waffenhandel in allen Aspekten. Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) verabschiedete die Amerikanische Konvention gegen die illegale Herstellung und Verbreitung von Feuerwaffen, Sprengstoff, Munition und ähnlichem Material (CIFTA), ein multilateral bindendes Abkommen, das auch von Kolumbien unterzeichnet und ratifiziert wurde.

Dennoch kommt es auch seither immer wieder zum Verschwinden von Waffen aus nationalen Beständen. Zuletzt wurde bspw. im April 2024 bei einer unangekündigten Inspektion der Militärbasen Tolemaida und La Guajira festgestellt, dass rund 5 Millionen Kugeln (Kleinwaffenmunition), 550 Panzerfaust-Granaten, 39 Boden-Boden-Raketen (2 Spike- sowie 37 Nimrod-Raketen) sowie 19.300 Granaten fehlen. Daraufhin wurden einige Offiziere entlassen und großangelegte, landesweite Prüfungen eingeleitet. Es besteht die Befürchtung, dass die entwendeten Waffen bereits teilweise in Hände von Rebellengruppen gelangt sein könnten.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 10

Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

Inequality, poverty, unemployment and informality remain the most concerning issues at the economic level. Colombia's economy experienced a remarkable recovery from the COVID-19 crisis, supported by strong fiscal and monetary policies. After falling by 7% in 2020, GDP growth rebounded to 10.6% in 2021 and is projected to grow around 8% in 2022. However, this trend is expected to change, and according to OECD projections, GDP growth is forecasted to be only 1.2% in 2023.

Inflation in Colombia has increased to unprecedented levels, reaching a rate of 13.28% in February 2023. The central bank reacted by tightening its monetary policy. With narrowing fiscal flexibility, the Colombian government has also sought to generate additional revenue. Tax reforms were enacted in September 2021 during the term of President Iván Duque (2018 – 2022), and then again in November 2022 under the leadership of current President Gustavo Petro.

Quelle: <https://bti-project.org/en/reports/country-report/COL>

Tabelle 16

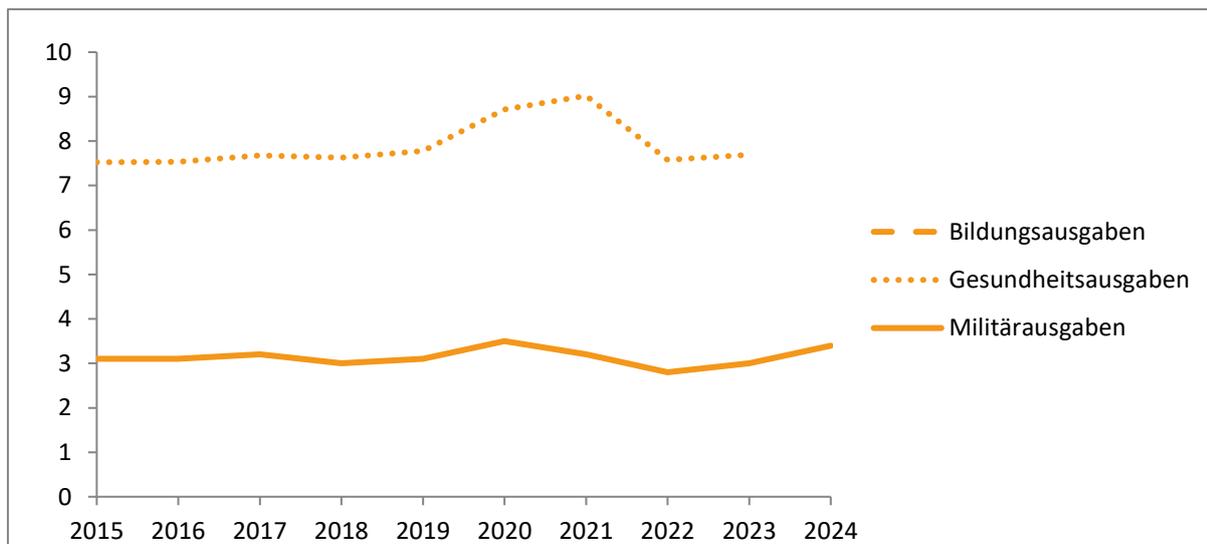
Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	10394	10846	10622	10779	12246
Militärausgaben/BIP	3,5	3,2	2,8	3,0	3,4
Gesundheitsausgaben/BIP	8,7	9,0	7,6	7,7	-
Bildungsausgaben/BIP	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	138985	155773	172155	184403	197505
Anteil am BIP (in Prozent)	43	57,6	54	53,4	53,9

	2019	2020	2021	2022	2023
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	855,97	1794,29	1738,29	1614,29	-
Net ODA (% of GNI)*	0,24	0,64	0,57	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	59,2	637,58	268,35	371,37	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).
Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2019	2020	2021	2022	2023
Militarisierungswert	113.2	115.9	108.4	105.6	106.2
Index-Platzierung	64	61	69	71	71

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2019	2020	2021	2022	2023
Brasilien	Militarisierungswert	75.2	73.1	70.4	68.7	68.3
	Index-Platzierung	111	113	115	117	116
Ecuador	Militarisierungswert	91.3	94.8	92.2	91.7	95.6
	Index-Platzierung	87	87	89	87	80
Peru	Militarisierungswert	100.4	101.2	95.7	95.9	94.6
	Index-Platzierung	79	79	86	81	82
Venezuela	Militarisierungswert	136.9	125.9	95.6	105.8	88.1
	Index-Platzierung	41	53	87	70	92

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)
Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2024.
<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2020	2021	2022	2023	2024
Brasilien	Militärausgaben (absolut)	25022	23699	22215	21788	21693
	Militärausgaben/BIP	1,3	1,1	1,1	1,0	1,0
Ecuador	Militärausgaben (absolut)	2495	2548	2644	2692	2648
	Militärausgaben/BIP	2,5	2,2	2,2	2,3	2,2
Peru	Militärausgaben (absolut)	2979	3152	3053	3309	2510
	Militärausgaben/BIP	1,3	1,2	1,1	1,2	0,9
Venezuela	Militärausgaben (absolut)	11,6	2,2	5,1	3,9	-
	Militärausgaben/BIP	1,6	0,3	0,6	0,5	-

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,777	0,764	0,762	0,782	0,788

Quelle: [Specific country data | Human Development Reports \(undp.org\)](#)

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar**Zusammenfassung:**

Mit einem pro-Kopf Nationaleinkommen von 6.870 US-Dollar (Atlas Methode; Stand 2023) zählt Kolumbien zu den upper-middle-income economies. Kolumbien verzeichnete 2021 und 2022 ein sehr hohes Wirtschaftswachstum, das 2023 wieder einbrach (von 7,3 auf 0,6 %), nachdem die Wirtschaft bereits 2020 deutlich eingebrochen war (-7,2 %). Die (zunehmend diversifizierte) Wirtschaft beruht wesentlich noch immer auf dem Export von Rohstoffen, allen voran Öl (welches 23 % des Gesamtexports ausmacht) und Kohle (10 %), aber auch Gold (5,8 %) oder Kaffee (5,7 %). Geringe Exporterlöse werden auch über Dienstleistungen im Informations- & Kommunikationsbereich (7 %) und dem Tourismus (5 %) erwirtschaftet. Kolumbien gehört mit einem HDI-Wert von 0,758 zur HDI-Gruppe der Länder mit einer „hohen menschlichen Entwicklung“. In Bezug auf die Erreichung der Sustainable Development Goals liegt Kolumbien im Mittelfeld (Platz 74 von 167). Kolumbiens Militärausgaben liegen

mit 3,1 % des BIP recht hoch; die Gesundheitsausgaben (9% des BIP; Stand 2020) liegen deutlich, die Bildungsausgaben (3,9 %; Stand 2020) jedoch nur leicht darüber. Angesichts der enormen Ungleichheit im Land und der zuletzt gesunkenen Bildungsausgaben erscheinen höhere Ausgaben für Rüstungsexporte nicht ratsam, aber nicht grundsätzlich problematisch.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem pro-Kopf Nationaleinkommen von 6.870 US-Dollar (Atlas Methode; Stand 2023) zählt Kolumbien zu den upper-middle-income economies. Das Land hat ausstehende Kredite in Höhe von 2,34 Mrd. US-Dollar beim Internationalen Währungsfonds (Stand: Nov. 2024) und weist eine Auslandsschuldenquote von 53,3 % des BIPs (Stand 2022) auf, was leicht über dem Regionalen Durchschnitt für Lateinamerika und die Karibik liegt (7,3 %). Mit 62,7 Punkten liegt das Land auf Platz 57 (von 141) auf dem Ranking des [Global Competitiveness Index](#). Kolumbien verzeichnete zuletzt ein Wirtschaftswachstum von lediglich 0,6 %, nachdem es sich mit 7,5 % (2022) und 10,8 % (2021) von einem starken Einbruch (-7,2 %) im Jahr 2021 gut erholte. Die Wirtschaft beruht wesentlich noch auf dem Export von Rohstoffen, allen voran Öl (welches 23 % des Gesamtexports ausmacht) und Kohle (10 %), aber auch Gold (5,8 %) oder Kaffee (5,7 %). Geringe Exporterlöse werden auch über Dienstleistungen im Informations- & Kommunikationsbereich (7 %) und dem Tourismus (5 %) erwirtschaftet. Die Wirtschaft wird langsam, aber stetig diversifiziert. Gemessen am Anteil am Nationaleinkommen machen offizielle Entwicklungshilfen (ODA) nur einen sehr geringen Anteil aus (zuletzt 0,6 %; Stand 2021).

Soziale Entwicklung

Kolumbien gehört mit einem HDI-Wert von 0,758 zur HDI-Gruppe der Länder mit einer „hohen menschlichen Entwicklung“. Unter seinen Nachbarländern liegt Kolumbien damit eher im unteren Bereich, hinter Peru (HDI-Wert von 0,762), Brasilien (HDI-Wert von 0,760) und Ecuador (HDI-Wert von 0,765), die ebenfalls zu den Ländern mit einer hohen Entwicklung gehören. Nur Venezuela liegt mit einem HDI-Wert von 0,699 deutlich darunter und gehört zu der Ländergruppe mit „mittlerer menschlicher Entwicklung“. Auf dem Gender Development Index erreicht Kolumbien einen Wert von 0,998, was bedeutet, dass beide Geschlechter in fast gleichem Maße von der Entwicklung des Landes profitieren. Allgemein gehört das Land mit einem Gini-Indexwert von 54,8 (Stand 2022) zu den Ländern mit der drittgrößten Einkommensungleichheit der Welt.

In Bezug auf die Erreichung der Sustainable Development Goals liegt Kolumbien im Mittelfeld (Platz 74 von 167). Jedoch liegt das Land nur in Hinblick auf SDG 13 (Climate action) auf dem Weg zur Zielerreichung bis 2030. Insbesondere in Hinblick auf SDG 1 (no poverty) und SDG 10 (Reduced inequalities) wurden zuletzt jedoch Rückschritte verzeichnet. Wie bereits erwähnt zählt Kolumbien zu den Ländern mit der weltweit größten Einkommensungleichheit. Auch lebt mit 6,0 % der Bevölkerung immer noch ein großer Teil unter der internationalen Armutsgrenze von 2,15 Dollar pro Tag. Hier wurde Kolumbien durch die Covid-19-Pandemie um Jahre zurückgeworfen. Mit 9,4 % erreichte die Armut 2020 einen Wert, der zuletzt 2009 erreicht wurde. Heute (Stand 2022) liegt sie bei einem Maß, das 2013 zuletzt erreicht wurde. Grund für die hohe Armut ist u. A. die weit verbreitete Arbeitslosigkeit (9,6%; Schätzungen der ILO). Auch hier warf die Covid-Pandemie das Land zeitweise um Jahre zurück. Nachdem die Arbeitslosigkeit 2020 mit über 16 % einen Höchststand erreichte (zuletzt im Jahr 2001 vergleichbar hoch), liegt sie nun in etwa auf dem Niveau des Jahres 2018.

Kolumbien leidet zudem unter einer sehr hohen Zahl an Geflüchteten. Im Jahr 2024 gilt Kolumbien mit etwa 6,9 Millionen als Land mit der größten Anzahl intern Vertriebener. Zusätzlich befindet sich eine große Anzahl an internationalen Geflüchteten (überwiegend aus Venezuela; 2,86 Mio.) im Land. Für das Gesundheits- und Bildungssystem bedeuten beide Gruppen eine große Belastung. Weitere Stressfaktoren, wie bspw. ein starkes Bevölkerungswachstum, sind nicht bzw. kaum gegeben.

Kolumbiens Militärausgaben liegen mit 3,1 % des BIP recht hoch; die Gesundheits- (9% des BIP; Stand 2020) liegen deutlich, die Bildungsausgaben (3,9 %; Stand 2020) jedoch nur leicht darüber. Angesichts der enormen Ungleichheit im Land und der zuletzt gesunkenen Bildungsausgaben erscheinen höhere Ausgaben für Rüstungsexporte nicht ratsam, aber auch nicht grundsätzlich problematisch.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM August 2025

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



MITGLIED Johannes-Rau-
DER Forschungsgemeinschaft